Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische Presse. 1890-1944
# 1922

42 (25.1.1922) Abendausgabe

Visual Library

Karlsruhe, Mittwoch den 25. Januar 1922 — Abend-Ausgabe. — 38. Jahrgang. Nr. 42

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Am Verlage und in den Zweigstellen abgeholt monatlich M 13.50, frei ins Haus geliefert M 15.—
Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen M 15.—. Durch die Post einschl. Zustellgebühr M 13.50.
Einzelnummer 50 Pfennig.
Anzeigen:
Die 1spaltige Nonpareillezeile M 3.20, auswärts M 4.— Stellengesuche und Familienanzeigen M 2.40. Die Reklamezeile M 15.—, an erster Stelle M 16.—. Bei Wiederholung tarifiester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen außer Kraft tritt.
Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

# Badische Presse
und
## Handels-Zeitung.
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Hanns Walther Schneider
Verantwortliche Redakteure: Für deutsche und badische Politik: M. Holzinger, für Auslandspolitik: A. W. Schulze, für Theater, Kunst u. Wissenschaft: A. Rudolph, für lokale Angelegenheiten u. Sport: R. Volderauer, für die Handelszeitung: i. V. H. W. Schneider, für Anzeigen: A. Rinderspacher, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metger.
Fernsprecher: Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.
Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359.

## Die Steuerberatungen.

### Eine Anleihe über 50 Milliarden Mark.

mmm. **Berlin**, 25. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichskanzler hatte am Mittwoch eine neue Besprechung mit den Vertretern der bürgerlichen Mittelparteien. Als das Ergebnis dieser Besprechungen wurde ein neuer Vorschlag festgelegt, der von den Vertretern der Parteien ihren Fraktionen zur Beschlußfassung vorgelegt und vom Reichskanzler den Sozialdemokraten zur Annahme empfohlen werden soll. Danach wurde als weithin sichtbares Opfer des Besitzes eine einmalige Anleihe in Aussicht genommen in Höhe von 50 Milliarden Papiermark zu unbestimmtem Zweck, d. h. über die Verwendung der Gelder wird man sich freie Hand vorbehalten. Im Falle der Annahme dieses Vorschlages würde das zweite Drittel des Reichsnotopfers nicht sofort eingezogen werden. Der Reichskanzler spinnt aber nebenher noch Fäden nach den Unabhängigen hinüber, er hat also nach wie vor die Absicht, sich eine doppelte Mehrheit zu schaffen. Es wird sich im Laufe des Nachmittags zeigen müssen, ob die bürgerlichen Fraktionen dem Vorschlag ihrer Vertreter zustimmen und ob auch die Sozialdemokratie daraufhin ihren Anleiheantrag zurückziehen. Am Nachmittag um 5 Uhr wird eine neue Besprechung, in der über die Verhandungen in den Fraktionen berichtet werden soll, abgehalten. Bis dahin bleibt die Entscheidung offen.

### Das Ergebnis der Braunschweiger Wahl.

TU. **Braunschweig**, 24. Jan. Nach dem hier vorliegenden Ergebnis der Landtagswahlen haben die nicht sozialistischen Parteien zwar einen nennenswerten Erfolg erzielt, die Mehrheit gegenüber den sozialistischen Parteien aber nicht errungen. Die drei sozialistischen Parteien brachten es auf 133 000, die übrigen auf 126 000 Stimmen. Die höchste Ziffer kann der Landeswahlverband (Rechtsparteien und Zentrum) buchen, der es auf 97 500 Stimmen brachte und seit der Landtagswahl im Jahre 1920 10 500 Stimmen gewonnen hat. Die Demokraten erhielten 28 300 Stimmen und haben 6400 Stimmen mehr als 1920. Die Mehrheitssozialisten brachten es auf 51 300 Stimmen, 17 300 Stimmen ehr als 1920. Die Unabhängigen bekamen 71 400 Stimmen, 18 000 Stimmen weniger als 1920. Für die Kommunisten wurden 10 200 Stimmen, das sind 7800 Stimmen mehr als 1920, abgegeben. Im neuen Landtag werden voraussichtlich je 30 sozialdemokratische und nichtsozialistische Abgeordnete sitzen, während im alten Landtag 32 Sozialisten gegenüber 28 Bürgerlichen die alleinige Regierungsgewalt ausübten. Die erste Tagung des Anfang Februar zusammentretenden neuen Landtags dürfte über die Frage des neuen Ministeriums zu schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Bürgertum und Sozialisten führen. Die Mehrheitssozialisten sind, wie wir hören, keineswegs zu einer Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien geneigt, beabsichtigen vielmehr, mit Unabhängigen und Kommunisten abermals eine neue sozialistische Regierung zu bilden. Der Geist des früheren Ministerpräsidenten Oerter soll jedoch das neue Ministerium nicht beschatten. Oerter wurde allerdings an zweiter Stelle in den Landtag gewählt, doch lehnten nicht nur die Partei der Mehrheitssozialisten und Kommunisten, sondern auch die eigenen Parteifreunde Oerters, also die Unabhängigen, ein neues Kabinett Oerter ab. Man ist keineswegs geneigt, den früheren Ministerpräsidenten Oerter überhaupt in ein neues Kabinett aufzunehmen.

## Die englisch-französischen Verhandlungen.

WTB. **Paris**, 25. Jan. Der „Petit Parisien" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und England. So wie die Oeffentlichkeit in Frankreich und England gestimmt sei, werde man nicht gewinnen, wenn man in brüsker Weise den Schutzvertrag abschließe. Jedoch wäre es überraschend, wenn man die Verhandlungen, die dem Abschluß des Schutzvertrages vorausgehen sollten, beschränken wollte auf die drei großen Fragen: Konferenz von Genua, Vertrag von Angora, Statut von Tanger. Denn es gäbe noch eine Frage, über die sich die beiden Länder einigen müßten. Das sei die Frage der endgültigen Festsetzung der Grenze von Polen, genauer gesagt, die Grenze von Ost-Galizien. Eine weitere Frage, die man nicht unbeachtet lassen dürfe, sei die Aufhebung der Kontrolle über die ägyptischen Schulden. Auch weniger wichtige Probleme würden noch zu lösen sein, so daß der Meinungsaustausch notwendigerweise länger dauern werde. Deshalb sei es unwahrscheinlich, daß die drei Regierungen das Ende der gesamten Aussprache abwarteten, um dem geplanten Schutzvertrag zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung müsse erfolgen, sobald der Text des Vertrages feststehe und sobald man sicher sei, daß in keiner anderen Frage ein Konflikt zu befürchten sei.

### Sowjetregierung und Genua.

O. E. **Moskau**, 24. Januar. (Funkspruch.) Die Mitglieder des Allrussischen Zentralexekutivkomitees sind zu einer außerordentlichen Session für den 27. Januar einberufen worden, die über die Teilnahme Sowjetrußlands an der Genueser Konferenz beschließen und die Wahl der Konferenzdelegation vornehmen soll. Die Antwortnote Tschitscherins auf die Einladung Bonomis erklärt, daß die russische Delegation mit allen Vollmachten ausgestattet sein werde. Ferner enthält die Note die Aufforderung, möglichst bald genaue Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz und über ihr Programm zu machen, damit die Sowjetregierung die Möglichkeit habe, rechtzeitig dazu Stellung zu nehmen.

Tschitscherin wendet sich in einem Rundschreiben gegen die Behauptung der französischen Presse, daß Sowjetrußland die Konferenz von Genua dazu ausnutzen werde, um sie zu einer Propagandatribüne zu gestalten. Dies sei absolut unwahr. In dem Schreiben heißt es weiter: „Wir erstreben schon lange eine Annäherung an die anderen Mächte, vor allem in Wirtschaftsfragen und gehen mit dieser Absicht zur Konferenz. Der Wiederaufbau Rußlands ist die Aufgabe der Sowjetregierung, die damit nicht den leisesten Gedanken an Propaganda verbindet. Wenn der „Temps" vom 18. Januar sich auf die „Prawda" beruft, die von einer Fortsetzung unseres Kampfes in einer neuen Form spricht, so meint die „Prawda" nichts anderes als den Kampf um unsere Existenz und die Befestigung der Volksregierung in Rußland. Uebrigens muß man davon Notiz nehmen, daß die „Prawda" ein Privatorgan ist, für welches die Sowjetregierung bezw. das Volkskommissariat des Aeußeren nicht verantwortlich ist. Tschitscherin."

## Fortsetzung der politischen Aussprache im badischen Landtag.

Die politische Aussprache wurde heute vormittag im Badischen Landtag fortgesetzt und wird in der auf ¼4 Uhr anberaumten Nachmittagssitzung weitergeführt. Zu Wort kamen am Vormittag drei Redner, zwei von der Opposition und der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion. Für die Deutschnationalen sprach D. Mayer von Karlsruhe, dessen Kritik im allgemeinen maßvoll war. Freilich, die von seiner Fraktion formulierte Erklärung, deren Inhalt aus dem Sitzungsbericht zu ersehen ist, hat beim sozialdemokratischen Redner bereits Anstoß erregt und wird bei anderen Sprechern weiter eine mehr oder minder scharfe Kritik erfahren. Strobel von der Sozialdemokratie besprach zunächst die Finanzlage, die äußere und die Reichspolitik und die Landespolitik vom Gesichtspunkt seines Parteiprogramms aus. Fielen während der Reden der Abgeordneten Mayer und Strobel verhältnismäßig wenig Zwischenrufe, so mehrten sich diese während der Aussprache des Abgeordneten Klaiber vom Landbund. Klaiber bewies, daß ihm der parlamentarische Boden noch recht unbekannt ist, denn seine Entgleisungen fanden nicht nur bei den übrigen Parteien, sondern auch in seiner eigenen Fraktion lebhaften Widerspruch. Als er zum Zentrum hinüberrief: „Herr Dr. Schofer, es wäre an der Zeit, daß Sie auch einmal in Ihren eigenen Reihen nach dem Rechten sehen würden", hieb Dr. Schofer mit der Faust auf den Tisch und rief dem Redner zu: „Heraus mit den Beweisen!" Als Klaiber darauf nicht einging, bemächtigte sich Schofers eine starke, verständliche Erregung und in einer persönlichen Bemerkung machte er am Schluß der Sitzung die Feststellung: „Der Abgeordnete Klaiber hat eine Anklage erhoben gegen einen oder mehrere meiner Fraktionsmitglieder, als ob sie keine reine Weste hätten. Ich habe sofort gesagt, er soll mit den Beweisen herausrücken. Er hat mir diese aber verweigert. Es steht dieser Vorgang in diesem Parlament einzig da, ich stelle das fest!" Die Sitzung endete also mit einem im Badischen Landtag erfreulicherweise seltenen Mißton. Die Folge davon kann sein daß die weiteren Verhandlungen nicht mit der Sachlichkeit geführt werden, die man in diesem Hause gewöhnt ist.

### Sitzungsbericht

**Karlsruhe**, 25. Jan. Präsident Wittemann eröffnete um ¼10 Uhr die Sitzung.

#### Fortsetzung der politischen Aussprache.

Abg. **D. Mayer**-Karlsruhe (D. Natl.): Es ist nützlich und lehrreich, die beiden gestrigen Reden zu vergleichen mit den Reden, die vor fast drei Jahren von derselben Stelle aus gehalten wurden. Damals waren Fanfaren, heute geht es bei gedämpftem Trommelklang. Es sind optimistische Gedanken eingeflochten worden. Den Optimismus der Regierung halten wir nicht für begründet. Die Verhältnisse in Baden sind allerdings erträglicher als in manchen anderen deutschen Ländern. Es fehlt zwar auch in Baden nicht an Brandherden, doch sie sind verhältnismäßig klein. Durch die Weimarer Verfassung ist die Bedeutung der Einzelstaaten verringert. Wir dürfen aber keine Kirchturmpolitik treiben. Wir Deutschnationalen haben im Reich und in den Ländern gegen den äußeren Feind stets die Einheitsfront gefordert. Wir haben bezüglich der Verfassung auch jetzt noch Wünsche, haben uns aber mit Bewußtsein in den Rahmen dieser Verfassung gestellt. Trotzdem hat man behauptet, wir wollten innere Krisen hervorrufen, trotzdem hat man uns mit Gewalt von der Regierung ferngehalten. Auf der anderen Seite arbeitet man aber mit Voranstellung des Internationalen, Ausschaltung des Christentums aus Schule und Oeffentlichkeit, Sozialisierung und Erfassung der Sachwerte. Man will die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien nicht in die Regierung aufnehmen. Aufgefallen ist uns bei den anerkennenswerten warmen Worten für das Hinscheiden Papst Benedikt XV. daß nicht gedacht worden ist, daß er die Neupolitisierung des römisch-kirchlichen Rechts bewirkt hat. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche werden stets ein Problem sein, zumal man es mit mehreren Kirchen und Religionsgemeinschaften zu tun hat. Es ist dankbar zu begrüßen, daß der Staat einsieht, daß er sich den Kirchen nicht entziehen kann. Die Kirchen befinden sich in einer großen Notlage. Wir sind dem Staat für die wohlwollende Behandlung der Kirchen dankbar. Wir müssen Menschen deutscher und christlicher Gesinnung erziehen. Wir wollen die Aufrechterhaltung unserer jetzigen badischen Schulverfassung von 1876. Dem Reichsrahmengesetz des Schulgesetzes können wir kein Zutrauen entgegenbringen. Wir wollen die christliche Schule in Deutschland erhalten. Ich halte das Fortbildungsschulgesetz von 1918 für ein gutes Gesetz. In den Kreisen der Landwirte möge man von einer radikalen Bekämpfung des Gesetzes Abstand nehmen. Wir werden den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung unsere Zustimmung nicht versagen. Wenn die Regierung Zeit übrig hat, angeblich reaktionären Interessen nachzugehen, so mag sie es tun; sie möge aber auch den Intensionen von links ihre Aufmerksamkeit schenken.

Zur Rede des Finanzministers übergehend, bemerkte der Redner: Wenn wir eine kritische Stellung gegenüber dem Staatshaushalt zu üben haben, so erkennen wir uneingeschränkt die Pflichttreue der Beamten an. Dankenswert war die Mitteilung über den Stand des Hagenschieß. Die Kritik an der Steuer- und Finanzpolitik Erzbergers nimmt immer mehr zu. Man muß allen Sozialisierungsgedanken von Grund aus absagen. Wir halten gegenüber den Ausführungen des Dr. Schofer die Personalunion zwischen Finanzministerium und Finanzamt für unangängig. Die Tore gegen die Einwanderung aus dem Osten werden nicht geschlossen, während man für die Wolgadeutschen keine Unterstützungsmöglichkeit hat. Hinsichtlich der Außenpolitik muß festgestellt

## Umschau.

25. Januar 1922.

Nachdem der Oktoberputsch Kaiser Karls durch die Regierung des Grafen Bethlen mit vielem Schneid abgewehrt worden war und nachdem die werktätigen geheimen Räte Seiner Majestät hinter Schloß und Riegel saßen, trat eine überraschende Wendung ein. Der Karlismus erstarkte auf der ganzen Linie, gewann neue Schichten für sich und gedieh zu einem großen parlamentarischen Block. Niemals während der letzten Jahre wurde in Budapest und auch auf dem ungarischen Lande der monarchistischen Restauration, als der sichersten Rettung aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verschlampung, so vielfach zugestimmt, wie nach den bewegten Herbsttagen. Unter den gegebenen Verhältnissen glaubte die Regierung die weitere Festhaltung der karlistischen Aufrührer nicht mehr verantworten zu können. Ihre Befreiung jedoch war Oel ins Feuer. Nun gibt es regelrechte „Märtyrer", beredte Kronzeugen des geschehenen Unrechts. Graf Andrassy und Rakovszky wirken, kaum dem Gefängnis entschlüpft, allsogleich als Organisatoren einer neuen politischen Konstellation. Bethlen sieht sich auf der Arena der Parteikämpfe allmählich vom größten seiner früheren Anhänger verlassen. Die „christlich-nationale" Mehrheit kehrt sich gegen ihn und in anbetracht der nahenden Wahlen bleibt diesem gewiegten Taktiker, nachdem etliche Versuche zur Bildung einer einheitlichen Regierungspartei gescheitert waren, nichts übrig, als sich dem breiten Parteiblock der „Kleinen Landwirte" anzuschließen, mit dem er schon seit geraumer Zeit ohne wirkliche engere Gefühlsbande liebäugelt.

Der hauptsächlichste Kampfruf, mit dem gegen Horthy und seinen engeren Kreis, den Abgeordneten Gombös die Offiziere Proney, Héjas und Hegedüs und auch gegen den Ministerpräsidenten Bethlen losgezogen wird, ist die Schuld am „weißen Terror", an jenen ungesetzlichen Gewalttätigkeiten, die unter der stillschweigenden Duldung der jeweiligen Regierungen während der letzten 2½ Jahre gegen alle unbequemen Wirtschaftsschichten begangen wurden. Allein ein großer Teil von jenen Opponenten, die heute im legitimistischen Lager Zeter und Mordio schreien, standen den früheren terroristischen Kundgebungen nicht allzu fern. Der Begründer dieser Richtung, Stefan Friedrichs, macht seit etlichen Monaten als erster gegen Horthy. Diese Koalition der Horthy-Gegner ist kunterbunt genug. Wir begegnen in ihr Leuten wie Haller und Beniczky, die an der antisemitischen Bewegung der jüngsten Entwicklungsepoche noch rüstig mitgewirkt haben. Außer den im letzten Karlistenputsch führenden Persönlichkeiten gehört auch Graf Apponyi hierher, der mit dem ihm eigenen formalistischen Rechtsempfinden jede andere royalistische Lösung als die legitimistische für unheilvoller bewertet als selbst das Bekenntnis zur Republik. Nun sind aber in dieser großen, horthyfeindlichen Koalition neuerdings neben den königstreuen Demokraten, die sich um den vorhin genannten Vazsonyi scharen, auch einige überzeugte Republikaner vertreten, die die Apponyische Formel umkehren und vor die Wahl zwischen Legitimismus und Republikanismus gestellt, sich zum letzteren bekennen. Drei dahingehende Reden wurden in den vergangenen Wochen in der Nationalversammlung gehalten, ohne daß etwas geschah. Noch vor wenigen Monaten wären sie mit allen Machtmitteln als Hochverräter geahndet worden. Trotz solcher vereinzelter Radikaltuerei handelt es sich aber keineswegs um den Kampf zwischen dem demokratischen und reaktionären Prinzip. Nach dem Niederringen des bolschewistischen Systems vereinigten sich alle historischen Schichten zum Schutze des neuerrichteten Nationalstaates gegen linksradikale Umtriebe. Der gemeinsame Mittelpunkt für alle hieß damals Horthy. Man dachte die Rechts- und Machtkontinuität unter seiner Regentschaft wieder restlos herzustellen. Erst allmählich zeigte sich, daß die neue Aera nicht nur konservierend, sondern auch machterweiternd wirkt. Der ganze mächtige Troß jener agrarischen Emporkömmlinge, die im Parlament vorerst als Haupttrumpf gegen jede sozialistische Regung gern gesehen waren, gelangten unter dem Reichsverweser zu ungeahntem Einfluß. In Horthy und seinem Hauptanhang, der Bauernpartei, bekämpft das traditionelle Ungarn des hohen Klerus, der Magnaten, des sich Gentry nennenden Landadels und des sich demokratisch gebärdenden Kapitals die emporkommende Schicht der in der Hauptsache bäuerlichen Klein- und Mittelgrundbesitzer. Graf Bethlen und seine Getreuen stehen in diesem Wirtschaftskampfe, der mit legitimistischen und antilegitimistischen Schlagwörtern ausgefochten wird, keineswegs einseitig zu Horthy und den Kleinagrariern. Die zerstreute Anhängerschaft des Grafen Tisza, die einstigen Mitglieder der gouvernementalen „Arbeitspartei" bezeichneten Bethlen als ihren Mann. In der Tat erscheint Bethlen ebenso als „steifnackiger Kalvinist" und dabei auch als zielbewußter Opportunist, wie es der Graf Tisza war (die Realpolitiker entstammten während der letzten Dezenien zumeist den Reihen der kalvinistischen Minderheit). Auch das eingeschränktere Wahlrecht, das Bethlen nach den zweifelhaften Erfahrungen mit den neuen Wahlvorschriften allgemeinster Art im Januar 1920 für die nächsten Wahlen durchsetzen will, entspricht dem Geiste Tiszas. Doch sind die Wege Bethlens minder gradlinig. Er tastet von Partei zu Partei, von der Reaktion zum gemäßigten Liberalismus hinüber, um die konsolidierte Herrschaft der Mitte schrittweise wieder einzurenken. So hat denn im Abwehrkampfe gegen die Legitimisten, die ihn als Reaktionär brandmarken möchten, in jüngster Zeit auch Bethlen sein liberales Programm. Er verhandelt mit den Sozialisten, stellt eine scheinbare Pressefreiheit und die normale Gerichtsbarkeit wieder her. Im Hader der Parteien ist heute gerade so Liberalismus das gemeinsame Motto, wie es noch vor einem Jahr die gegen freiheitliche und namentlich gegen jüdische Einflüsse gerichtete christlich-nationale Idee war. Es ging damals wie jetzt um die Frage der Machtverteilung. Und weder gelang es, den jüdischen Einschnitt aus dem Wirtschaftsleben auszumerzen, noch wird es gelingen, den neu auftauchenden Agrarschichten den Aufstieg zu wehren. Erst wenn jene soziale Gärung sich wieder gesetzt, die seit 1918 den Blutlauf des Landes ununterbrochen hindert, können Verfassungs- und Verwaltungsprobleme nach den Geboten der kontinentalen Gesamtentwicklung ehrlich geschlichtet werden.

TU. **Rom**, 25. Jan. Die Beisetzungsfeierlichkeiten sind jetzt endgültig auf Mittwoch nächste Woche festgesetzt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

werden, daß heute meist hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Es mag vielleicht für uns Badener nicht so ganz einfach sein, in das „Aschantiland" Bayern (Heiterkeit) zu reisen; wir glauben aber, daß die Reise des badischen Staatspräsidenten das gegenseitige Verständig gefördert hat. Der Redner trat dann für die Schaffung einer besonderen landwirtschaftlichen Abteilung ein. Das deutsche Volk hat die Schuld auf sich geladen, daß es nicht mannhaft genug gegen die Lüge von Versailles aufgetreten ist. Wenn sich das deutsche Volk einig auf den Standpunkt stellte: „Lieber tot, als Sklave", dann würde das der richtige Herzschlag für unsere innere und äußere Politik sein.

Abg. Strobel (Sozd.) ging zuerst auf die Finanzfragen ein und sprach den Finanzbeamten und Steuerausschüssen in Baden Worte der Anerkennung aus. Er befürwortete eine größere Heranziehung der sozd. Arbeiter zu den Steuerausschüssen. Es muß im ganzen Lande gleichmäßig veranlagt werden. Den Steuerausschußmitgliedern muß der entgangene Lohn vergütet werden. Dann beleuchtete der Redner die Finanznot der Gemeinden; besonders groß ist sie in Mannheim. Das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Gemeinden muß ein anderes werden. Die Steuermoral ist gesunken. Bei den Schwarzbrennern ist von einem Mitgefühl gegenüber den Nebenmenschen nichts zu spüren. Die Erfassung der Sachwerte ist kein Schlagwort, sondern nur eine Frage der Veranlagung; ein zweckmäßiger Uebergang scheint mir eine Goldzwangsanleihe zu sein, für die die Industrie und Landwirtschaft die Zinsen zu zahlen haben. Die Einkommensteuer ist unsozial. Die Einkommen unter 24 000 Mark sind schonlich zu behandeln. Wir müssen dringend fordern, daß der Wassertransport in Baden nicht erdrosselt wird. Gefreut hat mich die Feststellung des Finanzministers: „Hände weg von den Staatseisenbahnen!" Herr Stinnes soll in London gewesen sein im Interesse des deutschen Volkes. Nachträglich konnte man aber erfahren, daß er nur eigene Interessen vertreten hat. Der Staat muß sich an den Gewinnen des Privateigentums beteiligen. Wir fordern Verwirklichung der Einheitsschule; die höheren Schulen dürfen nicht ein Privilegium der besitzenden Klasse sein. Für die Volksschule müssen wirt zeitgemäße Aenderung des Lesebuches und des Geschichtsunterrichtes fordern. Wir werden einen gewissen Schulfrieden in Baden behalten; wir lassen an der Simultanschule nicht rütteln. Wir sind Gegner jeder Dotation der Kirchen; als eine Staatsaufgabe können wir dies nicht ansehen. (Zuruf: Eine Rechtsfrage!) Mit der Auffassung weiter Kreise des badischen Volkes ist es nicht vereinbar, wenn die Prozesse gegen Waffenschiebung usw. niedergeschlagen werden. Wir verlangen, daß der Prozeß gegen die Erzberger-mörder und Geheimbündler in Baden verhandelt wird. Wir halten es zunächst für notwendig, keine Veränderung in der Organisation des Ministeriums vorzunehmen, weder Zusammenlegung einzelner Ministerien noch Abtrennung einer landwirtschaftlichen Abteilung vom Ministerium des Innern. Jeder Beamte, der uns geeignet erscheint, wichtige Posten einzunehmen, muß auf diese Posten gebracht werden. Der Landbund hat lediglich die egoistischen Interessen seiner Mitglieder gefördert, hat aber nicht für Verbilligung der Lebensmittel gesorgt. Die deutsche Landwirtschaft hat nicht voll ihre Pflicht getan. Man verlangt Anpassung der Produktionspreise an die Weltmarktpreise, man sprach aber nicht von Weltmarktslöhnen. Die Beamtenbesoldungspolitik des Reiches können wir nicht mitmachen.

Der sozialb. Ausgleich für die unteren Gruppen muß geschaffen werden. Der Redner trat für die Zusammenfassung der sozialen Versicherungen Erhaltung des Achtstundentages, Mieterschutz und Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes ein und wandte sich dem verflossenen Wahlkampf zu. Die Reichseinheit kann nur in einem republikanisch-demokratischen Deutschland erhalten werden. Der Staatsgedanke muß gepflegt werden.

Abg. **Klaiber** (Landbund): Der Landbund ist eine Bauernorganisation, die im Jahre 1919 erstand, wo man die Landwirte in die Zwangsjacke hineinsteckte. Diejenigen politischen Parteien, die die Regierung bildeten, standen wie diese auf dem Boden der Zwangswirtschaft. Beim Reichstagwahlkampf wurde den Landwirten die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen, das Versprechen wurde aber nicht gehalten. Als sich der Redner zum Zentrum wendet, erfolgt von dieser Seite ein auf der Tribüne nicht verständlicher Zwischenruf. Abg. Klaiber bemerkte dazu: „Nehmen Sie den Mund nicht so voll, sonst bekommen Sie eins darauf! — Präsident **Wittemann** rügte diese Bemerkung. — Abg. Klaiber: Ich werde die Rüge einstecken. — Präsident Wittemann rügt daraufhin diese Bemerkung. — Als Abg Klaiber sich über die Behandlung beschwert, erklärt der Präsident, daß dem Abgeordneten kein Recht der Kritik an den Handlungen des Präsidenten zustehe. — Abg. Klaiber: Wir werden behandelt, wie wir es erwartet haben. — Präsident Wittemann droht an parlamentarische Mittel zu ergreifen. — Auf eine weitere Bemerkung des Abg. Klaiber bemerkt Präsident Wittemann, man befände sich hier in einem Parlament und müsse ein anständiges Benehmen verlangen. Infolge der geringen Preise für landwirtschaftliche Produkte (Widerspruch) unter der Zwangswirtschaft war der Landwirt nicht lebensfähig und mußte fast verhungern. Die Regierung und das Parlament, das sich wieder zur Zwangswirtschaft herbeiließe, würde die ganze Bevölkerung gegen sich aufrufen. Die Wiederbelebung der Zwangswirtschaft würde den Untergang des Volkes bedeuten. Die Zwangswirtschaft hat die Moral des ganzen Volkes untergraben. Es besteht aber noch die Gefahr der Zwangswirtschaft. Herr Minister Remmele hat in seiner Abhandlung durchblicken lassen, daß er die freie Wirtschaft bedauere. Dann besprach der Redner die Frage der Steigerung der Produktion, und wendet sich gegen den Gedanken der „Erfassung der Goldwerte". Der Landbund verfolgt keine Politik. Wir stehen auf dem Boden der Republik und würden die Republik jederzeit verteidigen. Die Freude aber an Arbeit soll nicht durch zu hohe Besteuerung genommen werden.

Wir verwahren uns gegen die Zentrumsbehauptungen, wir wären ein Anhängsel der Deutsch-Nationalen. Wir sind jederzeit bereit, mit den Arbeitern von A bis Z mitzuregieren. **Wir können aber nicht mitregieren bei einer Diktatur des Proletariats, wie Abg. Strobel** gesagt hat (Widerspruch.) Im Anschluß an die gestrigen Ausführungen Dr. Schofer (Ztr.) bemerkte der Redner: Der Zentrumsgaul ist uralt und unserer ist ein Fohlen (Heiterkeit). Ich glaube (zu Abg. Schofer), es wäre sehr gut, wenn Sie sich in ihrer eigenen Umgebung näher informieren und uns nicht Schwindelpolitik vorwerfen würden. (Abg. Dr. Schofer erregt auf den Tisch schlagend: Raus damit!) Abg. Klaiber: Ich werde mich beherrschen. — Präs. Wittemann: Ich bitte Herrn Abg. Dr. Schofer, sich etwas zu mäßigen. Wir kennen den Kampf, den Sie uns angesagt haben; wir werden ihn führen (Abg. Dr. Schofer: wir auch). Nicht nur die politische Organisation des Zentrums hat uns bekämpft, sondern auch andere. Gegenüber den Sozialdemokraten betont der Redner die Bedeutung der Landwirtschaft. Nur der Markt diktiert die Preise, nicht die Landwirtschaft ist die Ursache der Teuerung. Wir sollen trotz aller Meinungsverschiedenheiten einig sein in dem Gedanken, daß wir Deutsche sind.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Schofer wurde die Sitzung um 1.10 Uhr auf nachm. ¾4 Uhr vertagt.

*

## Neue Eingänge im Landtag.

Dem Landtag sind zahlreiche neue Gesuche in der letzten Zeit zugegangen. Darunter befinden sich allein 14 Gesuche, die die Ortsklasseneinteilung zum Gegenstand haben, ferner mehrere Gesuche zur Gehaltsordnung. Weit über ein Dutzend Gesuche sind persönlicher Natur.

### Richtigstellung.

In der Rede des Staatspräsidenten hat sich bedauerlicherweise ein sinnstörender Fehler eingeschlichen. Staatspräsident Dr. Hummel sagte in seiner Rede am Dienstag abend: „Die Regierungen sind sich darüber einig, daß wir die Verhältnisse **niemals mehr** in die Zeit vor 1871 zurückführen können".

# Aus Baden.

)!( **Stupferich** (Amt Durlach), 24. Jan. Der frühere langjährige Bürgermeister Vincenz Keil von hier wurde durch eine tückische Krankheit rasch aus dem Leben gerufen. Er war früher Oberpostsekretär in Karlsruhe. Das Vertrauen seiner Mitbürger berief ihn an die Spitze seines Geburtsortes, welches Amt er lange Zeit versah. Infolge seiner reichen Erfahrungen wurde Keil auch in den Bezirksrat Durlach berufen. Seit 1903 war er erster Vorsitzender des Aufsichtsrats vom Karlsruher Mieter- und Bauverein". Politisch gehörte der Verstorbene zur Zentrumspartei.

= **Mannheim**, 24. Jan. Vor einigen Monaten wurden in Frankfurt nach einem Eisenbahntransport mehrere Pakete Eisenbahnbrückenbücher vermißt, die für die Eisenbahnbehörde einen außerordentlichen Wert darstellten. Die Bücher wurden dann in Mannheim und Darmstadt für eine halbe Million Ausländern zum Kauf angeboten. Die Eisenbahnkriminalpolizei hat nun die an dem Vorfall beteiligten Personen verhaftet. Sie werden sich vor dem Reichsgericht wegen Landesverrats zu verantworten haben.

w. **Heidelberg**, 24. Jan. In der Steinsfurter Mordangelegenheit, bei der bekanntlich der Eisenbahnwart Wanner bei Steinsfurt in seinem Hause erschossen und sein Sohn verletzt wurde, ist bisher kein Täter ermittelt worden. Die gestern verbreitete Nachricht von der Verhaftung zweier Verdächtigen in Heidelberg war nicht richtig. Weder hier noch in dem zuständigen Gerichtsort Sinsheim ist von einer solchen Verhaftung etwas bekannt.

= **Schwetzingen**, 24. Jan. An den hiesigen Schulen ist gestern mit der Quäkerspeisung begonnen worden.

= **Ladenburg**, 24. Jan. Vor kurzem war berichtet worden, daß in dem benachbarten Edingen die Familie Wilhelm Schmitt in große Aufregung versetzt worden sei, weil sie aus einer rheinischen Heilanstalt ein Schreiben des Bruders des Wilhelm Schmitt erhielt, der 1915 in russische Gefangenschaft geraten war und seitdem für verschollen galt. Alles stimmte, Namen und Zeitverhältnisse, als man aber den vermeintlichen Familienangehörigen in der Anstalt holen wollte, stellte es sich heraus, daß es sich um einen anderen Schmitt handelte und der Brief nach Edingen an der Lahn gehörte.

= **Baden-Baden**, 24. Jan. In München ist Schriftsteller Martin Berger im 54. Lebensjahre gestorben. Er hatte hier seinen ständigen Wohnsitz, nachdem er früher an der „Straßburger Post" und der „Badischen Landeszeitung" redaktionell tätig gewesen war.

R. **Lahr**, 24. Jan. Der hiesige evangel. Stadtpfarrer Kirchenrat Ernst Bark starb dieser Tage an den Folgen der Grippe. Er gehörte zu den begabtesten und beliebtesten Geistlichen der Badischen Landeskirche, in deren Dienst er seit 1885 stand. Fast 24 Jahre wirkte er als Geistlicher hier. Geboren war er in Diersheim. Bekannt machte er sich vor allem als Schriftleiter des Sonntagsblattes „Die Kirche" und durch sein wertvolles Andachtsbuch „Von der Lebensquelle". Er hat der freieren Richtung der Landeskirche angehört, stets aber vermittelnd und warmherzig gewirkt!

() **Lahr**, 24. Jan (Vom Schönberg). Am Sonntag vormittag wurde der am Schönberg liegende Fischbauernhof, der von den Geschwistern Vögele bewohnt ist, von Unholden heimgesucht. Einer von ihnen versuchte unter Vorhalten eines Revolvers Geld zu erpressen. Auf die Hilferufe der seit Jahren im Bett krank liegenden Schwester entfernte er sich mit seinem Komplizen, der Schmiere gestanden hatte, unter Mitnahme eines Geldbetrages von 150 Mark.

:!: **Badenweiler**, 25. Jan. Der Verein Hilda-Krankenheim hat sein gesamtes Vermögen der Gemeinde Badenweiler vermacht. Damit ist der Uebergang des Krankenheims zu einem Gemeindekrankenhaus geschaffen.

= **Säckingen**, 24. Jan. Um der Preistreiberei bei Holzversteigerungen entgegen zu wirken, hat das Forstamt Säckingen beschlossen, bei Holzversteigerungen Holzhändler als Steigerer nicht zuzulassen.

= **Meßkirch**, 23. Jan. Das hiesige Bezirksamt teilt uns zu der in der „Badischen Presse" enthaltenen, einem Zeitungskorrespondenzbureau entnommenen, Meldung aus Stetten a. k. M. mit, daß eine Ortsverwechselung vorliegen müsse, denn „was in dieser Notiz über die Amtsführung eines Bürgermeisters Anton Hogg berichtet wird, trifft für Stetten a. k. M. nicht zu. Weder gibt es in Stetten a. k. M. einen Bürgermeister Anton Hogg, noch ist hier ein Verfahren der in dem Artikel behandelten Art anhängig. Es muß sich also wohl um ein anderes Stetten handeln." Wir geben dieser Zuschrift Raum und bedauern die oberflächliche Berichterstattung des betreffenden Bureaus.

# **Stockach**, 24. Jan. (Grippeepidemie). Mehr als 200 Einwohner liegen hier krank an der Grippe darnieder. Das sind etwa 10 Prozent der ganzen Einwohnerschaft.

TU. **Ueberlingen**, 25. Jan. In der gestrigen Bezirksratssitzung, die 7½ Stunden dauerte, wurde über die Gemeinderäte Kaufmann Posch (Dem.) und Gipsermeister Müller (Soz.) wegen Verletzung ihrer Amtspflichten verhandelt. Der Bezirksrat erkannte einstimmig auf Dienstentlassung der beiden Gemeinderäte.

= **Ueberlingen**, 24. Jan. In Bermatingen ist eine italienische Kommission eingetroffen, bestehend aus einem Abnahmebeamten und einem Dolmetscher, zur Abnahme von Hölzern im Sägewerk Himmelsbach die auf Grund des Friedensvertrags an den Feindbund zu liefern sind.

= **Radolfzell**, 25. Jan. Einer größeren Platinschieberei ist die Gendarmerie in Singen auf die Spur gekommen. Es wurden eine Frau Müller mit ihrer 19jähr. Tochter und ihrem 16j. Sohn verhaftet, dagegen sind die Hauptschieber noch nicht festgenommen worden. Es stellte sich heraus, daß in den letzten Tagen mit Wissen der bis jetzt verhafteten Personen Platin im Wert von etwa 300 000 Mark nach der Schweiz verschoben worden war. Auch ein Grenzaufseher soll in die Angelegenheit verwickelt sein.

= **Immendingen**, 24. Jan. Wie jetzt bestimmt verlautet, wird im kommenden Sommerfahrplan zum erstenmal seit Kriegsbeginn wieder ein Eilzugspaar München—Ulm—Sigmaringen—Tuttlingen—Immendingen—Freiburg verkehren und damit die Donautalbahn auch für den Durchgangsverkehr wieder erhöhte Bedeutung gewinnen.

**Salem**, 24. Jan. (Rodelunfall.) Ein mit mehreren Personen besetzter Rodelschlitten raste gegen einen Baum. Mehrere Teilnehmer mußten bewußtlos mit nicht unerheblichen Verletzungen weggetragen werden.

= **Konstanz**, 25. Jan. (Drahtbericht.) Der Untersee ist wieder zum größten Teil zugefroren. Das Eis ist aber erst am Ufer tragfähig; infolgedessen ist das Begehen streng verboten.

## Ernennungen / Versetzungen / Zuruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

### Justizministerium.

Ernannt: Justizaktuar Max Draenert beim Amtsgericht Heidelberg zum Justizassistenten.

Planmäßig angestellt: Aufseher Franz Herb bei der Landesstrafanstalt Bruchsal.

Versetzt: Gerichtsverwalter Johann Zimmermann beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Waldshut.

R. **Bretten**, 22. Jan. Zum Gedächtnis an den 18. Januar 1871 war von ungenannter Seite am hiesigen Kaiserdenkmal ein Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife angebracht. Am gleichen Tag hielt der Kriegerverein seine alljährliche Hauptversammlung mit einem Rückblick auf das verflossene Jahr nebst Ehrung der 40 Jahre dem Verein angehörenden Mitglieder, deren es eine große Zahl war, durch Eisenbahn-Inspektor Winat, dem Mitglied des Landespräsidiums. Zuletzt wurde gegen die neue Forderung der Feinde, die angeblichen „Kriegsverbrecher" auszuliefern, scharfe Einsprache erhoben.

### Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe

| Stationen | Luftdruck in Meeres-Niveau | Temperatur C° | Gestrige Höchstwärme | Niedrigste Temper. nachts | Wetter |
|---|---|---|---|---|---|
| Wertheim | — | —8 | —2 | —9 | heiter |
| Königstuhl | 761.6 | —8 | —4 | —8 | - |
| Karlsruhe | 761.3 | —5 | 1 | —6 | - |
| Baden-Baden | 760.8 | —6 | —1 | —6 | bedeckt |
| Badenweiler | — | — | — | — | — |
| St Blasien | — | —5 | 1 | —8 | wolkig |
| Villingen | 763.2 | —8 | —1 | —13 | halb bedeckt |
| Feldberger Hof | 646.4* | —2 | —0 | —4 | bedeckt |

* örtlich

**Allgemeiner Witterungsbericht.** Unter dem Einfluß des nordöstlichen Hochdruckgebietes hielt das trockene, teilweise heitere Frostwetter an. Im Nordosten des Reiches herrscht strenge Kälte. Ein vom Ozean vordringendes Tief verursacht in Frankreich und England Trübung mit Regen und Schneefälle; es wird auch uns vorübergehend etwas beeinflussen, aber einen Witterungsumschlag nicht herbeiführen, da der Hochdruckeinfluß überwiegt.

**Wetteraussichten für Donnerstag, den 26. Januar 1922:** Vorübergehend zunehmende Bewölkung, in Süddaden vereinzelt etwas Schnee, Fortdauer des Frostes, rauhe nordöstliche Winde.

### Schneeberichte.

**Feldberg:** 95 cm, leicht verhascht, —2 Grad, leichter Südwind, bedeckt. Wintersport gut.

**Triberg:** 30 cm, geschlossen, fester Schnee, leichter Frost. Wintersport sehr gut.

**Villingen:** 13 cm, vereist, —8 Grad, Stille, halbbedeckt.

### Wasserstand.

Schusterinsel, 25. Jan., morg. 6 Uhr: 0.81 m, gef. 14 cm.
Kehl, 25. Jan., morg. 6 Uhr: 1.77 m, gef. 13 cm.
Maxau, 25. Jan., morg. 6 Uhr: 3.67 m.
Mannheim, 25. Jan., morg. 6 Uhr: 2.35 m, gef. 6 cm.

## Das Lied der Dinge.

### Das Lied der Dinge.

Von Anna Kappstein.

Schläft ein Lied in allen Dingen,
Die da träumen fort und fort,
Und die Welt hebt an zu klingen,
Trifft du nur das Zauberwort.

Eichendorff.

„Oede Straße, alltägliche Umgebung, langweiliges Einerleiklagen der Leute, die alle Tage dasselbe sehen. Sehen? Nein, sie sehen eben nicht mehr. Sie haben aufgehört, wahrzunehmen. Sie verlangen nach großen Ereignissen, um ihre Seele wachzurütteln. Und ständen sie im Strome des Lebens: nach einer Weile hörten sie auch sein Rauschen nicht mehr. Es kommt nicht auf das Große und Kleine an, sondern auf unser Wachsein „Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm", sagt Goethe. „Wer Ohren hat zu hören, der höre". Dieses Bibelwort gilt auch im Alltagsleben. Wir selber bringen unsere Welt zum Klingen, wenn wir Sinn hineinlegen. Die Dinge um uns her sind nur aus Holz, Metall, Glas oder Papier. Die Hand, die sie schuf, oder der Zweck, dem sie dienen, gibt ihnen etwas Seelenhaftes. In dem hölzernen Hausrat ist ein Atemzug Waldseele gefangen. Theodor Storm hat in seinem Sturmnachtgedicht geschildert, wie durch Tische, Schränke, Truhen ein Leben schleicht, ein Knacken und Knarren sich vernehmen läßt, wenn draußen der Wind in den Wipfeln wühlt. Der Saft des ehemaligen Baumes wird lebendig, die Aeste wollen sich regen. Das Holz seufzt.

Ein schlichtes Glas steht auf dem Tisch. Und doch ist es ein Märchen. Ein feuergeglühtes Wunder. Wer einmal in der Josephinenhütte im Riesengebirge oder auf der Insel Murano bei Venedig Glashüttenpoesie kennen lernte, weiß das. Gerhart Hauptmann hat sie in seinem Drama „Und Pippa tanzt" verklärt. Wenn edle Gläser auf festlicher Tafel zusammenklingen, erwacht die Seele des Kristalls. Und wenn sie unbenützt im Schaufschrank stehen, funkelnd wie Smaragd, Rubin und Amathyst, so fluten bei ihrem Anblick Erinnerungen auf an durchlebte Höhentage, die mit Rebenblut gefeiert wurden. Des Alchemisten Kunkel, des Goldmachers, Rubingläser von der Pfaueninsel bei Potsdam sind von zauberischer Legende umsponnen.

Wenn angeregte Gäste uns verließen, ist es, als hätte ihr Lachen und ihre Rede sich gefangen in den Möbeln und Kissen und Decken unseres Zimmers. Ein Widerhall der verflogenen Stunden bleibt lange in der Luft hängen, ein Hauch von Freude haftet an den Dingen.

Eine Frau öffnet ihre Schmuckschatulle. Lange nicht getragene Ringe, Ketten gleiten ihr durch die Hand, jedes Kleinod ist mit einem Tag ihres Lebens verbunden, — einer schicksalsschweren Begegnung, dem Vermählungsfest, dem ersten oder dem letzten Ball. Nicht anders ein Restchen Seidengewebe, das sie bewahrte, ein Fächer oder welker Strauß. Schläft ein Lied in allen Dingen . . .

Selbst die viel geschmähte Ansichtskarte steckt voll heimlicher Melodien. Ein Umriß, eine Farbe auf dem Bildchen, auch wenn es kein Kunstwerk ist, ruft Erinnerung an Gegenden auf, die wir im Hochglanz ihrer Herrlichkeit schauten. Schon eine Fahrkarte, mit fremden Namen von Ländern und Städten bedruckt, die uns unerreichbar wurden, führt verklungenes Erleben zum zweiten Mal herauf.

Das Lied der Dinge, die der Tag auf ihrem Traum weckt, wird in stiller Nacht zur Sphärenmusik, die nach der Vorstellung griechischer Philosophen durchs Weltall zittert und die Sterne auf ihren Bahnen begleitet.

## Badisches Landestheater

### „Die Zauberflöte" von Mozart.

In der gestrigen Aufführung der „Zauberflöte" gastierte Herr Hermann Wucherpfennig vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg als Sarastro. Der Sänger bewirbt sich um die verwaiste Stelle Carl Giesens und bringt nicht zu unterschätzende Eigenschaften mit. Zwar ist auch er kein „schwarzer" Baß, seine gutgebildete, weich geführte, im Klang hie und da etwas trockene Stimme bewegt sich lieber zur Höhe als zur Tiefe, aber er läßt keine flachen, rohen oder naturalistischen Töne hören, er behandelt sein Instrument vorsichtig und sicher. Sein Vortrag ist vornehm und stilvoll, seine Erscheinung imposant und sein Spiel ohne Aufdringlichkeit. Da er morgen im „Freischütz" den Kaspar verkörpern wird, sei das zusammenfassende Urteil bis dahin vorbehalten.

Den Tamino sang Herr Rentwig für den erkrankten Herrn Schwerdt, den Papageno Herr Jan van Gorkom, der in dieser Partie schon des öfteren hier ausgeholfen hat. Im übrigen nahm die Vorstellung den gewohnten Verlauf.

### Städt. Konzerthaus.

**Verein der Volksbühne: Kabale und Liebe.**

Gestern abend spielte Ilse Cabanis vom Stadttheater Crefeld als Gast auf Anstellung die Luise. Frl. Cabanis soll die Sentimentale ersetzen anstelle der mit der kommenden Saison scheidenden Adele Creutznach. Sie ist noch keine fertige Schauspielerin, wie Frl. Creutznach, aber immerhin zeigte sie gestern, daß sie für dieses Fach von Natur aus begabt ist. Ihre Erscheinung ist sympathisch, sympathisch, fast mit dem Gesichte der Naiven, was von Nachteil sein könnte, wenn sie icht noch sehr stark nach innen wüchse. Die Stimme hat manchmal den Wohllaut, über den Frl. Creutznach so selbstverständlich verfügt, besonders in der letzten Szene war man durch die gedämpfte Sprache angenehm berührt, aber sobald eine Erhöhung eintritt, wirkt sie etwas hart und unkünstlerisch. Doch sind ja diese kleinen Mängel alle nicht so fundamental, daß man sich nicht doch eine mit der Zeit geeignete Vertreterin des Faches in ihr gewinnen könnte. Die Luise spielte sie durchweg versprechend. Besonders lobenswert ist vor allen Dingen, daß sie das Pathos nach außen vermied, in das die ältere Schule bei Schiller zu gerne verfällt. Damit bewies sie, daß sie auch für die moderne Vertreterin dieses Faches geeignet sein dürfte. — Im übrigen ist über die gestrige Aufführung dem schon früher Gesagten nichts hinzuzufügen. B.

:=: **Theater-Kulturverband.** Der Literarhistoriker der Karlsruher Hochschule, Prof. Dr. Holl wird am Donnerstag, den 26. ds. Mts. im großen Hörsaal des chemischen Instituts der Technischen Hochschule einen Vortrag über „Das deutsche Lustspiel zur Zeit der Klassik" halten, zu dem die Mitglieder des Theater-Kulturverbandes freien Zutritt haben. Beginn abends 8 Uhr. — Am kommenden Sonntag, vormittags 11¼ Uhr findet in der Wandelhalle des Badischen Landestheaters wiederum eine Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes statt. Als Redner ist der frühere Dramaturg der Karlsruher Bühne Dr. Karl Wolff, jetzt Dramaturg am Sächs. Landestheater Dresden gewonnen. Dr. Wolff, der hier als kenntnisreicher und geistvoller Redner bekannt ist, wird über das Thema „Vom Sinn und Unsinn des Theaters" sprechen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 25. Januar 1922.

## Das Depeschenstrafporto.

= Folgender Fall wird aus Frankfurt am Main berichtet: Ein bekannter Frankfurter Arzt erhielt ein Kabeltelegramm aus Amerika, bei dessen Adresse nur die Hausnummer fehlte. Der Depeschenbote durfte das Telegramm nur gegen Erhebung des Strafportos von 4 Mark abgeben. Da aber das verschlossene Haus nicht geöffnet wurde oder es dem Boten zu lange dauerte, bis geöffnet wurde, nahm er die Depesche wieder mit, die dann erst nach fünf Stunden zum zweiten Male bestellt wurde. Bei dem eiligen Charakter des Telegramms hätte, so heißt es in der Zuschrift, auch die dringende Form der Zustellung gewahrt werden müssen. Das Strafporto hätte, wie das auch bei strafportopflichtigen amtlichen Sendungen gehandhabt würde, später erhoben werden können. Es wäre zu wünschen, daß auch die Post mehr Rücksicht auf das Publikum nimmt, da sie sich bei ihrem System monopolistischer Willkür über kurz oder lang den schönsten Schadenersatzprozeß zuziehen könnte.

*

N.A. **Von der städtischen Preisprüfungsstelle** wird uns geschrieben: In der Zeit vom 17. Januar bis 23. Januar 1922 versagte die Belieferung des städtischen Marktes mit Obst und Gemüse aus der Umgebung gänzlich; insbesondere fehlten die Kartoffeln. Das aus Norddeutschland eingeführte Rot- und Weißkraut ist für die Menge der Verbraucher zu teuer. Dänisches Weißkraut kostete 2,70 M, holsteinisches Rotkraut 3 M das Pfund. Seefische kosteten 13 M. Während das Fleisch auf dem Wochenmarkte durchschnittlich um 2 M billiger angeboten wurde als in den Läden, zogen die Preise für Wurstwaren merklich an; ebenso die Preise für Fett und Butter. Kostete in der vorletzten Woche die Butter noch 36—40 M das Pfund, so stieg dieselbe in der vergangenen Woche auf 38 bis 42 M. Das Angebot an Eiern vermochte auf dem Markte wie in den Läden die Nachfrage nicht im entferntesten zu decken. Ein hiesiges Eiergroßgeschäft konnte 7000 Stück frische Eier einführen, die im Kleinverkauf bereits auf 6,10 M zu stehen kommen. In früheren Jahren wurde das stockende Angebot an einheimischen Gemüsen in der gegenwärtigen Zeit durch erhöhte Zufuhr aus dem Ausland, insbesondere aus Italien, ergänzt. Die Entwertung des deutschen Geldes sowie der ungeheuere Steigerung der Frachtsätze machen heute die ausländische Einfuhr fast unmöglich. Von der Vertretung des Großhandels wurde erklärt, daß ein einziger Eisenbahnwagen oberitalienischer Gemüse allein 25 000 M Fracht koste, was die Waren derart verteure, daß bei der mangelnden Kaufkraft der Verbraucher der Absatz in Frage gestellt sei und der Handel das Risiko nicht auf sich nehmen könne. Auch die Zufuhr aus den entfernteren Gegenden Deutschlands gestalte sich infolge der riesigen Frachtunkosten immer schwieriger und mehr und mehr sei die Versorgung der Städte mit Gemüse in der Hauptsache auf die Erzeugung des nächsten Umlandes angewiesen. Von allen Seiten wurde betont, daß bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse die Gemüseversorgung der Großstädte nur durch Anlage von Rieselfeldern und Forderung des Gemüsebaues, sei es im Einzel- oder Genossenschaftsbetriebe und durch gemeinsames Zusammenwirken von Stadt und Land gesichert werden könne.

!! **Karlsruher Marktbericht vom 25. Januar.** Die Gemüsezufuhr war heute kaum erwähnenswert, nur Holländer Weißkraut war reichlich vorhanden, ebenfalls Obst, Fleisch- und Wurstwaren, Wildbret, Käse und Butter. Weniger, aber genügend am Platze waren Seefische. Eier waren etwas mehr angeboten, leider zu erhöhtem Preise. Kartoffeln fehlten. Sonst war keine wesentliche Preisänderung. Der Geschäftsgang war ruhig.

sch. **Ortsausschuß der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung.** Am Montag abend hielt in den Räumen der Geschäftsstelle Zähringerstraße 98, der Ortsausschuß seine Schlußsitzung ab, nachdem am 29. d. M. die Neuwahlen der Vertrauensmänner stattfinden. Der Obmann, Herr Neumann, eröffnete die Sitzung und gab einen kurzen Rückblick über die Zusammenarbeit der Vertrauensmänner. Er betonte, daß das Verhältnis unter denselben stets ein gutes gewesen sei. Hierauf berichtete Herr Koch über die Reichstagung der Ortsausschüsse, welche am 3. Dezember in Berlin getagt hatte. Die überwiegende Mehrzahl der Delegierten hatten sich in Berlin für die Erhaltung der Selbständigkeit der Angestelltenversicherung unter besonderer Hervorhebung der Forderung, einer größeren Selbstverwaltung erklärt. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete der Schriftführer, Herr Eisinger. Derselbe gab eine Uebersicht über die Arbeiten des Ortsauschusses seit dem Jahre 1913. Auch die Errichtung der Geschäftsstelle zog Herr Eisinger in den Kreis seiner Ausführungen. Die Einnahmen des Ortsausschusses betragen in der Berichtperiode 1913—1922 M 21 643.18. Die Ausgaben M 18 883.78, sodaß ein Kassenbestand von M 3259.— verbleibt. Die Kasse wurde von den Herren Koch und Schumann geprüft und die Entlastung für den Kassier beantragt. Den Dank an den engeren Vorstand, die Herren Neumann und Eisinger brachte Herr Schneider zum Ausdruck, womit die Sitzung ihren Abschluß fand.

ha **1192½ Milliarden Postscheckumsatz.** Der Umsatz im Postscheckverkehr des Deutschen Reiches hat im Jahre 1921 die Summe von fast 1192½ Milliarden erreicht, genauer 1 192 445 Millionen. Hiervon wurden 968 625 Millionen oder fast 81¼ Prozent bargeldlos beglichen. Der gesamte Umsatz verteilt sich auf 428 Millionen Buchungen. Auf die Gutschriften kommen 268 Millionen Buchungen im Betrage von 598 091 Millionen, auf die Lastschriften 160 Millionen im Betrage von 594 354 Millionen M.

= **Verkehrssperren.** Gesperrt ist Gesamtgüterverkehr nach und über alle Bahnhöfe in Dresden. Aufgehoben ist Annahmesperre für Eil- und Frachtstückgut nach Kehl Uebergang Frankreich.

‡ **Einreise nach Griechenland.** Zur Einreise nach Griechenland bedarf es noch immer einer Zureise-Erlaubnis für deutsche Reichsangehörige, die jedoch ohne Schwierigkeiten erteilt wird. Da aber die Entscheidung über die Einreise-Erlaubnis erst bei der griechischen Regierung nachgesucht werden muß so ist mit einer gewissen Verzögerung zu rechnen, sodaß Kaufleuten, die nach Griechenland zu reisen beabsichtigen, nur geraten werden kann, rechtzeitig die erforderliche Einreise-Erlaubnis zu beantragen

+ **Aufgefundenes Geld.** Es wurde aufgefunden im Monat November: am 14.: im Zug 366 eine Tasche mit 9,70 M, abgeliefert in Gerolbshausen; 26.: auf dem Bahnhof Leustetten-Heiligenberg der Betrag von 20 M; im Dezember am 1.: auf dem Bahnhof Freiburg i. Br. der Betrag von 20 M; 2.: auf dem Bahnhof Kleinsteinbach eine Briefmappe mit 287 M; 8.: im Zug 1294 ein Geldbeutel mit 57,80 M, abgeliefert in Rastatt; 11.: im Zug 6067 ein Geldbeutel mit 166,85 M, abgeliefert in Villingen; im Zug 1442 ein Geldbeutel mit 24.15 M abgeliefert in Hausach; 12.: auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrg von 10 M; 13.: im Zug 153 ein Geldbeutel mit 67.70 M und 5 Franken, abgeliefert in Villingen; 14.: im Zug 201 der Albtalbahn ein Geldbeutel mit 12 M, abgeliefert in Ettlingen; 15.: auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 20 M; auf dem Banhof Mannheim ein Geldbeutel mit 16,35 M; auf dem Bahnhof Basel Bad. Bahnhof der Betrag von 16 M; 17.: auf dem Bahnhof Bruchsal eine Geldmappe mit 103,30 M; im Zug 1437 eine Tasche mit 100 M, abgeliefert in Singen (Hohentwiel); 20.: auf dem Bahnhof Bruchsal der Betrag von 8 M; auf dem Bahnhof Heidelberg-Karlstor der Betrag von 6 M; auf dem Bahnhof Basel Bad. Bahnhof ein Geldbeutel mit 37.60 M und 1 Fr. 64 Rappen; auf dem Bahnhof Singen (Hohentwiehl) ein Geldbeutel mit 6.50 M; 21.: im Zug 2300 ein Geldbeutel mit 43 M, abgeliefert in Pforzheim; im Zug 902 ein Täschchen mit 22.71 M und 2 Franken, abgeliefert in Basel Bad. Bahnhof; 22.: auf dem Bahnhof Bruchsal der Betrag von 10 M; 23.: auf dem Bahnhof Bruchsal der Betrag von 20 M; 24.: im Zug 75 ein Geldbeutel mit 19.60 M, abgeliefert in Appenweier; im Zug 805 eine Geldtasche mit 6 M, abgeliefert in Baden-Oos; auf dem Bahnhof Kehl der Betrag von 10 M; 26.: auf dem Bahnhof Basel Bad. Bahnhof eine Geldtasche mit 284 M; 27.: auf dem Bahnhof Brennet Rh. der Betrag von 20 M; im Zug 1746 eine Briefmappe mit 47 M, abgeliefert in Immendingen; auf dem Bahnhof Pforzheim der Betrag von 50 M; 29.: auf dem Bahnhof Baden-Baden eine Geldtasche mit 119.10 M.

§ **Unfall.** In einer Fabrik in Mühlburg zog sich ein Arbeiter aus Darlanden so erhebliche Brandwunden am Kopf und an beiden Armen zu, so daß er mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

§ **Unfall mit Todesfolge.** Der 25 Jahre alte Eisenbahnschaffner Karl Zipperle aus Heilbronn geriet gestern mittag beim Rangieren auf dem Rangierbahnhof hier zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen. Es wurde ihm dabei die Brust eingedrückt. Der Tod trat sofort ein.

§ **Festgenommen** wurden vier Taglöhner und ein Arbeiter wegen Diebstahls, ein Händler wegen Hehlerei und ein Matrose wegen unerlaubter Grenzüberschreitung.

## Unregelmäßigkeiten beim Bestattungsamt.

Das evangelische Stadtpfarramt bittet um Bekanntgabe nachfolgender Erklärung:

Der in den Tageszeitungen durch das Städtische Nachrichtenamt verbreitete Bericht macht für die unleidlichen Vorgänge den Geistlichen mit verantwortlich durch die Bemerkung, daß in dem vorliegenden Falle derselbe „leider etwas spät" das Ausbleiben des Wagens an das Bestattungsamt gemeldet hat, worauf das Bestattungsamt „sich eiligst bemühte", einen Wagen zu beschaffen.

Da das Publikum naturgemäß geneigt ist, die Ursache von Verspätungen bei den Geistlichen zu suchen, können wir nicht dazu schweigen, daß in einer offiziösen Verlautbarung der Stadtverwaltung eine teilweise Entlastung der Schuldigen auf Kosten des völlig unschuldigen Geistlichen versucht wird. Der Tatbestand ist folgender:

Der Geistliche hat dreimal telephoniert und zwar das erstemal sofort als der Wagen zu dem Zeitpunkte, an dem die Abfahrt erfolgen mußte, noch nicht vorgefahren war. Hätte das Bestattungsamt nun sofort ein Auto oder irgend einen anderen Wagen, der angespannt war, zu dem Geistlichen gesandt, so wäre derselbe ohne nennenswerte Verspätung noch rechtzeitig eingetroffen. Statt dessen wendet sich das Bestattungsamt an den vertragsmäßigen Fuhrunternehmer, der seinerseits den Auftrag wieder an einen anderen Kutscher weiter gab, und bis dieser die Pferde angeschirrt hatte und vorfuhr, vergingen unter peinlichem Warten des Geistlichen und der Trauerversammlung vom ersten telephonischen Anruf des Geistlichen an bis zum Vorfahren des Wagens bei ihm dreiviertel Stunden! Inzwischen hatte der Geistliche zum zweiten Male das Bestattungsamt angerufen und erhielt die Nachricht, der Wagen müsse jeden Augenblick kommen und als abermals Minuten verstrichen, ohne daß der Wagen kam, wandte sich der Geistliche zuletzt zum dritten Male telephonisch an den Bürgermeister, dem das Bestattungswesen unterstellt ist, derselbe war aber verreist.

Nach einigen Tagen hat dann der Geistliche dem Bürgermeisteramt eingehend Bericht über den Vorgang schriftlich erstattet, und zwar den dritten innerhalb 14 Tagen über ähnliche halbstündige Verspätungen. Hiernach ist der Geistliche, der doch selbst das größte Interesse hat, rechtzeitig zu erscheinen, in dem fraglichen Fall „eiligst bemüht gewesen", alles zu tun, was möglich war. Was aber das Bestattungsamt tat, war bei der Sachlage ungenügend und kann „leider etwas spät".

Wir bedauern daß das Städtische Nachrichtenamt so schlecht unterrichtet war und seine Feststellungen ausschließlich gründet auf die Aussagen der beteiligten Beamten des Bestattungsamtes, während man den Geistlichen in dieser Angelegenheit zu fragen überhaupt nicht für nötig gehalten hat.

* * *

Das Nachrichtenamt stellt hierzu fest, daß es ihm durchaus fern lag, dem Geistlichen gegenüber einen Vorwurf zu erheben. Mit der erwähnten Bemerkung sollte nur objektiv darauf hingewiesen werden, daß ein Teil der eingetretenen Verzögerung in der Wagengestellung darauf zurückzuführen ist, daß das Bestattungsamt verhältnismäßig spät von dem Fehlen des Wagens Kenntnis erhalten hat. Nach übereinstimmender Angabe des Geistlichen und des Kirchendieners hat der erstere 10 Minuten nach dem Termin, an dem der Wagen eintreffen sollte (10 Uhr), den Kirchendiener beauftragt, das Bestattungsamt telephonisch von dem Fehlen des Wagens zu benachrichtigen. Infolge Besetzung des Telephons hat sich nach Aussage des Kirchendieners die Verständigung mit dem Bestattungsamt um gut 5 Minuten verzögert. In jedem Falle war der Zeitverlust bis zum Empfang der Meldung, ohne daß einer der beiden Seiten ein Verschulden zur Last gelegt werden kann, objektiv bedeutungsvoll genug, daß man sein Hinzutreten zu den übrigen, für die Verzögerung ursächlich gewesenen Zufälligkeiten in der Oeffentlichkeit bedauern konnte.

## Voranzeigen der Veranstalter.

+ **Chorvereinigung Karlsruhe.** Einen großen und seltenen Genuß verspricht der erste Vortragsabend der Karlsruher Chorvereinigung, zu der sich der Bachverein, der Lehrergesangverein und der Motettenchor unter Leitung unseres neuen Konservatoriumsdirektors Herrn Professor K. H. Schmid zusammengeschlossen haben. Das im kleinen Festhallesaal heute, Mittwoch, den 25. Januar, stattfindende Konzert wird nur ein Instrumentalwerk bringen, Bachs Violinkonzert E-dur, das Herrn Dr. Brückner zum Interpreten haben und darum wohl seine intimsten Schönheiten entfalten wird. Dieses kostbare Werk des 18. Jahrhunderts umrahmen auserlesene Perlen der a capella-Kunst vornehmlich des 16. und 17. Jahrhunderts. Bei den Gesängen auf lateinische Texte hat man sich gegenwärtig gehalten, da man es mit Werken zu tun hat, die nur gottesdienstliche Handlungen begleiten und deren Wirkung vertiefen wollen; sie sind rein dienen Kunst. Die deutschen Gesänge der zweiten Abteilung bringen neben dem rührend-innigen Kirchenlied des Mich. Praetorius eine Reihe köstlicher weltlicher Madrigale der Deutschen Lechner und Hasler und der Italiener Gastoldi und Donati. Von einem so berufenen Leiter wie Professor Schmid zu Gehör gebracht, verspricht diese reiche Fülle edelster Kunstwerke einen reinen und tiefen Genuß. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich durch diese Veranstaltung möglichst zahlreiche Musikfreunde zur aktiven Mitwirkung in der Chorvereinigung bestimmen ließen.

× **Gesellschaft für deutsche Bildung, Ortsgruppe Karlsruhe.** Donnerstag, 26. Januar, abends 8 Uhr, findet im großen Hörsaal des chemischen Instituts — Eingang durch das Hauptportal, Kaiserstr. — ein Vortrag von Hochschulprofessor Dr. Holl über „Das deutsche Lustspiel zur Zeit der Klassik" statt.

(!) **Der Karlsruher Ruderverein von 1879** begeht am kommenden Samstag, 28. Januar, in den Sälen der „Eintracht" sein Winterfest. Während der Tanzpausen finden Aufführungen der Balletmeisterin Fräulein F. Bourgeau, des Schauspielers Paul Müller, sowie weiterer hiesiger Künstler statt. (Siehe Anzeige).

# Der Karlsruher Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1921/22.

= Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe ist nun endlich den Mitgliedern des Bürgerausschusses zur Kenntnisnahme zugegangen. Der 132 Seiten starken Druckschrift ist eine Vorlage des Stadtrats beigegeben, in welcher der Stadtrat den Bürgerausschuß um Zustimmung zu folgendem Stadtratsbeschluß vom 16. Januar 1922 ersucht:

„1. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921/22 wird in der angeschlossenen Fassung aufgestellt.

2. Zur Abgleichung des darnach verbleibenden ungedeckten Aufwandes von 33 601 752 M werden auf Grund des § 2 des Badischen Steuerverteilungsgesetzes vom 4. August 1921 und der §§ 53 ff. des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom gleichen Tage aus dem für das Rechnungsjahr 1921 zur Veranlagung kommenden Grund- und Gewerbevermögen folgende Gemeindesteuern erhoben:

Von je 100 M Steuerwert: a) der Gebäude und des gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögens 2,44 M, b) der einzeln geschätzten Grundstücke 3,66 M, c) der klassifizierten und diesen gleichzuachtenden Grundstücke und des Waldes 4,88 M.

Den Fälligkeitstag dieser Gemeindesteuern bestimmt der Stadtrat.

Unter dem Vorbehalt der Anrechnung auf die hiernach festzustellende Gemeindesteuerschuld wird gemäß § 4 des Gesetzes vom 23. Mai 1921 über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens in den Rechnungsjahren 1920 und 1921 im Nachtrag zum Gemeindebeschluß vom 15. Juli 1921 eine weitere vorläufige Umlage von 44 Pfg. für je 100 M der auf Grund der bisherigen Gesetze für das Rechnungsjahr 1920 veranlagten Steuerwerte des Liegenschafts- und Betriebsvermögens erhoben.

Diese vorläufige Steuer wird in ihrem vollen Bestand am 15. Februar 1922 fällig."

In der ausführlichen

**Begründung**

wird ausgeführt:

„Wie im vorigen Rechnungsjahre sind auch im laufenden sprunghaften Ansteigen der Ausgaben einerseits und weitgehende Unsicherheit der Einnahmen andererseits die Kennzeichen der Finanzlage der Städte und damit auch der Stadt Karlsruhe geblieben. Nach vorübergehendem Stillstand im Frühsommer des Jahres 1921 ist im Hochsommer die Teuerungswelle erneut in Bewegung gekommen und hat das deutsche Wirtschaftsleben in einem nie geahnten Umfange überflutet. Mehrfache Gehalts- und Lohnerhöhungen der städtischen Angestellten in Anpassung an die entsprechenden Sätze der Reichsangestellten und eine fortschreitende Verteureung der Materialpreise waren die Folge. Einem Gesamtjahresaufwand an Beamtengehalten und Arbeiterlöhnen von 58 565 000 M nach dem Stande vom Juli 1921 steht trotz der Verringerung der Personenzahl im Januar 1922 eine Jahresausgabe von 101 790 000 M gegenüber; es bedeutet dies eine Steigerung um 73,8 Proz.

Die Unsicherheit der Einnahmen andererseits hat ihren Grund in der Unstetigkeit der Steuergesetzgebung und der Ungewißheit ihres finanziellen Ergebnisses für die Städte. Zwar sind im laufenden Jahr zwei für die Wirtschaft der Gemeinden sehr wichtige Gesetzeswerke zum Abschluß gekommen. Das erste ist das sogenannte Steuerverteilungsgesetz vom 4. August 1921, das neben der Festsetzung des Anteils von Staat und Gemeinde an der Reichseinkommensteuer eine Neuregelung der Verteilung der Schullast auf Staat und Gemeinde gebracht hat. Der vom Gesetzgeber für die Verteilung des Einkommensteueranteils gewählte Maßstab, der für den staatlichen Anteil das Aufkommen des Landes aus allen direkten Steuern einschließlich der außerordentlichen Zuschläge im Jahre 1919 maßgebend sein läßt, während er auf der Seite der Gemeinden nur die Umlagen aus dem Einkommen und dem Kapitalvermögen, also nicht auch aus dem Grund- und Betriebsvermögen berücksichtigt, entspricht nicht ganz den Erwartungen der Gemeinden und auch wohl nicht der Billigkeit. Dasselbe muß von der Regelung der Schullastenverteilung gesagt werden. Zwar hat der Staat von den persönlichen Ausgaben für die Volksschulen den nach dem Schulgesetz gebotenen Aufwand übernommen und dies bedeutet auch für die Städte der Städteordnung eine nennenswerte Entlastung, die nach dem Voranschlag auf 4 7 Mill. Mark anzunehmen ist. Immerhin bleibt nach diesem Maßstabe noch die Hälfte des persönlichen Aufwandes der hiesigen Volksschulen der Stadt zur Last, während in kleineren Gemeinden die ganze Volksschullast außer den sachlichen Ausgaben auf den Staat übergegangen ist. Bei den Mittelschulen ist durch die Halbierung der persönlichen Aufwendungen zwischen Staat und Gemeinde die Lage der Städte gegen früher verschlechtert. Dagegen ermäßigt das Verteilungsgesetz die Leistungen der Gemeinden an den Kreis durch die Beschränkung auf fünf Viertel der im Jahre 1919 erhobenen Kreisumlage aus Einkommen und Kapitalvermögen, nötigt auf der anderen Seite freilich die Gemeinden, ab 1. April 1911 15 Proz. der Einnahmen aus der Lustbarkeitssteuer an die Kreise abzuführen, eine Maßnahme, die naturgemäß vorwiegend die Städte trifft.

Wie groß nun aber der Anteil der Stadt Karlsruhe an der Einkommensteuer auf Grund des Verteilungsgesetzes tatsächlich sein wird, läßt sich auch nicht annähernd angeben, da die Veranlagung für das Jahr 1920 noch nicht einmal abgeschlossen ist und ferner die mehrfachen Aenderungen an dem Einkommensteuergesetz jede Uebersicht nehmen.

Wichtige Neuerungen brachte ferner

**die Neuregelung der Grund- und Gewerbesteuer.**

Sie ersetzt zunächst den bisher für Liegenschafts- und Betriebsvermögen einheitlichen Gemeindesteuerfuß durch eine Abstufung, die zwischen dem einfachen und dem doppelten Ansatz schwankt. Für die städtischen Verhältnisse wird ferner die Aenderung der Betriebsvermögensbesteuerung, vor allem die erweiterte Freigrenze (5000 M statt 1000 M), die Einführung von Steuerermäßigungen bis zum Höchstbetrag von 80 000 M und die Neugestaltung der progressiven prozentualen Zuschläge zu dem Schätzungswerte (bisher beginnend bei 50 000 M mit 10 Proz. und endigend bei 400 000 M mit 65 Proz., jetzt beginnend bei 200 000 M und endigend bei 2 500 000 M) von einschneidender Bedeutung sein. Auch hier läßt sich aber die Wirkung dieser Aenderungen noch nicht übersehen, da die Veranlagung auf Grund des neuen Gesetzes noch nicht vorgenommen, ja die dazu notwendige Vollzugsverordnung noch nicht einmal erlassen ist.

Gänzlich unsicher sind die Grundlagen für die Berechnung der Einkünfte aus den Reichssteuern. Die Reichsfinanzreform ist ja noch in vollem Flusse. Die mehrmalige einschneidende Aenderung der Reichseinkommensteuer (Novelle vom 24. März 1921 und 20. Dezember 1921), über deren Wirkung uns keinerlei verläßliches Material vorliegt, sind bereits erwähnt. Ebenso ist noch nicht geklärt, in welchem Umfange die Gemeinden für die ihnen entzogene Steuer aus den steuerfreien Einkommensteilen entschädigt werden. Ferner steht eine Aenderung des Umsatzsteuergesetzes in naher Aussicht, die Wirkungen für den Anteil der Gemeinden haben wird. Wie man hört, ist endlich das Landessteuergesetz in einer Umarbeitung begriffen. Die Gemeinden haben ihrerseits auf dem deutschen Städtetag dazu eine Reihe von Anträgen gestellt, die eine Erhöhung ihres Anteils an den Reichssteuern bezwecken. Ob eine Besserung für die Gemeinden erreicht, und ob sie insbesondere auf das laufende Rechnungsjahr Einfluß haben wird, steht dahin.

Es ist wohl einleuchtend, daß diese Umstände die Aufstellung eines Voranschlags erheblich erschweren, ja fast unmöglich machen. Was heute gilt, ist morgen schon überholt. Eine einigermaßen zuverlässige Voraussicht der künftigen Entwicklung, die doch eigentlich die Voraussetzung der Aufstellung eines Voranschlags ist, ist selbst nur für kurze Fristen ausgeschlossen. So kann auch

**der diesjährige Voranschlag trotz seiner späten Vorlage keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben.**

Die Absicht, durch Zuwarten eine sicherere Grundlage für die Aufstellung der einzelnen Positionen zu gewinnen, hat nicht zum Ziele geführt. Gegenüber den täglich sich vollziehenden Aenderungen blieb schließlich, um überhaupt zu einem Abschlusse zu kommen, nichts übrig, als den Stand eines bestimmten Augenblicks zu wählen und zur Darstellung zu bringen, wie sich nach den zu dieser Zeit vorliegenden Tatsachen der Ablauf des Wirtschaftsjahres vermutlich gestalten wird. Als solcher Stichtag wurde Ende September gewählt.

Unberücksichtigt blieben mithin, von den unten noch zu behandelnden Ausnahmen abgesehen, in dem Voranschlag alle Veränderungen, die sich seit dem 1. Oktober 1921 vollzogen haben, also vor allem die seitdem eingetretenen, dem Bürgerausschuß aus Einzelvorlagen bekannten Lohn- und Gehaltserhöhungen und die seitdem vollzogenen Aenderungen der Gebühren und Tarife. Wenn der Stadtrat trotzdem die Annahme wagt, daß im Endergebnis die vorgesehenen Deckungsmittel hinreichen werden, um den tatsächlich entstehenden Fehlbetrag auszugleichen, so geht er dabei von der Zusage aus, die die Reichsregierung anläßlich der Beratung des Gesetzes über die Neuregelung der Reichsbeamtengehälter ab 1. Oktober 1921 im Reichstag abgegeben hat. Es ist darin zunächst der Erwartung Raum gegeben, daß der Mehrbetrag der Gemeinden für eBsoldungszwecke in Anpassung

A340

Aus edlen Weinen gebrannt

Asbach „Uralt"

Rüdesheim am Rhein

ihrer Gehaltsregelung an diejenige des Reiches durch einen, diese Mehrausgaben ersetzenden Teil der Mehreinnahmen gedeckt werden wird, weiter ist aber ausgesprochen, daß wenn diese Erwartung nicht zutreffen sollte, und die Länder den Gemeinden deshalb die erforderlichen Zuschüsse gewähren, das Reich sich an diesen Zuschüssen **beteiligen** wird, und das Wort „beteiligen“ ist in einer weiteren Erläuterung dahin ausgelegt, daß auch die Uebernahme des ganzen Fehlbetrags durch das Reich in Frage kommen kann. Nun hat zwar die Badische Regierung die Gewährung solcher endgültiger Zuschüsse nicht zugesagt. Angesichts dieser Rückdeckung durch das Reich darf aber erwartet werden, daß das Land sich dazu bereit erklärt, umsomehr, als offenbar auch das Land mit einem erheblichen Mehrerträgnis der Einkommens- und Körperschaftssteueranteile rechnet. Jedenfalls hat es zunächst die Gewährung von **Vorschüssen** zugesagt, und die Stadt Karlsruhe hat solche in der angeforderten Höhe für die Zeit bis 31. März 1922 teils erhalten, teils sind sie ihr in Aussicht gestellt. Die von den Gemeinden für solche Zuschüsse etwa zu schaffende Voraussetzung „einer vorsichtigen und der gemeinsamen Notlage Rechnung tragenden Aufstellung des Haushaltplanes“ dürften von seiten der Stadt Karlsruhe erfüllt sein.

Wird man aber hoffen können, daß solche Zuschüsse gewährt werden, so dürfte damit die Ausgleichung der im Voranschlag nicht berücksichtigten Mehrausgaben seit 1. Oktober 1921 gesichert sein. Denn, wenn auch die Zuschußzusage des Reichs nicht die Mehrausgaben an Arbeiterlöhnen und sachlichem Aufwand mit einschließt, bezüglich dieser, soweit sie gebührenpflichtige Leistungen betreffen, es den Gemeinden vielmehr anheim gegeben ist, den erforderlichen Ausgleich durch Erhöhung der Gebühren und Entgelte zu suchen, so hat ja die Stadtverwaltung die erforderlichen Maßnahmen getroffen, und es darf erwartet werden, daß bei der Prüfung der Frage, welcher Teil der neuen Beamtengehälter durch den vermutlichen erhöhten Anteil an den Reichssteuern gedeckt werden kann, die Steigerung auch dieser Ausgaben, soweit ein Ersatz durch Gebühren und Entgelte dafür nicht in Frage kommen kann, oder die möglichen Gebührenerhöhungen zu ihrer Deckung nicht ausreichen, gebührend berücksichtigt werden wird.

Zwei Ausnahmen von der Verweisung der Mehrausgaben der Stadt ab 1. Oktober 1921 auf etwaige Zuschüsse des Landes oder Reiches mußten allerdings gemacht werden, nämlich:

a) bezüglich der infolge der Mehrausgaben ab 1. Oktober zu erwartenden **Steigerung des Zuschusses der Stadt zum Landestheater** von 2 250 000 M auf 2 750 000 M und
b) bezüglich der durch die **Einreihung Karlsruhes in die Ortsklasse A** ab 1. April 1920 notwendigen Nachzahlung von 7 420 970 Mark.

Zu letzterer Ausgabe ist von der Badischen Regierung ausdrücklich mitgeteilt worden, daß dafür Zuschüsse des Reiches und Landes nicht in Aussicht gestellt werden können, und dasselbe wird man vorsichtigerweise auch hinsichtlich des Anteils am Defizit des Landestheaters annehmen müssen. Zur Gewinnung einer genügend sicheren Grundlage für die richtige Festsetzung der Umlage ist es aber wohl geboten, diese beiden Beträge zur Deckung im Voranschlag vorzusehen.

Mit dem Vorbehalt, der sich aus dem Gesagten ergibt, war die Stadtverwaltung bei Aufstellung des Voranschlags bemüht, die einzelnen Positionen so genau zu berechnen, als es das vorliegende Material, insbesondere über das Ergebnis des Vorjahres und den tatsächlichen Ablauf der Hälfte des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres zuließ.

Zum ersten Male wieder seit einer Reihe von Jahren ist in Erfüllung der bei der letztjährigen Voranschlagsberatung gemachten Zusage der Voranschlag ausführlich gehalten. Insbesondere sind die Nebenvoranschläge in spezifizierter Darstellung angeschlossen und den einzelnen Positionen erläuternde Bemerkungen beigefügt, um einen möglichst klaren Einblick in den Haushalt der Stadt zu gewähren. Nur insofern besteht wohl noch ein Mangel, als die Absicht, in dem Voranschlag eine genaue Darstellung des Einflusses der Maßnahmen der Stadt auf dem Gebiete des Wohnungswesens auf den Gemeindehaushalt in erschöpfender Form zu geben, sich noch nicht hat ausführen lassen. Diese Darstellung wird in der gesonderten Vorlage für die Erhebung einer Wohnungsabgabe nachgeholt und künftig in den Voranschlag selbst eingefügt werden.

Im übrigen enthebt die Ausführlichkeit des Voranschlags wohl von der Verpflichtung, an dieser Stelle auf Einzelheiten näher einzugehen. Nur wenige durch ihre Abweichung vom Vorjahre besonders hervorstechende Ansätze seien hervorgehoben. Während dem Wirtschaftsjahr 1920 ein Ueberschuß des Vorjahres von 4 370 757 M zur Verfügung stand, liegt diesmal dem Haushalt die Deckung eines aus dem Vorjahre herrührenden Aufwandes von 8 745 100 M ob. Der eigentliche Fehlbetrag des Vorjahres beträgt an sich nur 4 345 100 M
er ist, wie im Vorbericht des näheren dargelegt, in der Hauptsache verursacht durch die Wenigerüberweisung auf Einkommensteueranteile von 3 645 000 M. Außerdem waren im Voranschlag 1920 als Ergebnis der Besteuerung der reichssteuerfreien Teile des Einkommens 3 282 300 M eingesetzt, ein Betrag, der infolge Wegfalls der maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen völlig ausfiel. Nun rechnen freilich die Städte darauf, daß das Reich dafür nachträglich Ersatz gewährt, und es ist deshalb ein entsprechender Betrag in Teil 32 in Einnahme gesetzt. Bewahrheitet sich diese durch die Aufnahme einer entsprechenden Position in den Reichsetat gestützte Erwartung, so mindert sich die tatsächliche Belastung des diesjährigen Haushaltsplans durch das Vorjahr auf 4 345 100 M
— 3 282 300 M
= 1 062 800 M.

Dem Vorjahr zugerechnet werden muß aber außer dem eigentlichen Fehlbetrag auch die nachträglich entstandene Ausgabe an Gehaltsnachzahlungen infolge der Einreihung Karlsruhes in die Ortsklasse A mit Rückwirkung vom 1. April 1920 mit 3 200 000 M. Endlich fällt es der Geldentwertung und den dadurch erhöhten Bedürfnissen an Barmitteln entsprechend nötig, den Betriebsstock der Stadthauptkasse, der im vorigen Jahre zu 519 606 M angenommen war, auf 1 200 000 M zu erhöhen; seine Buchung ist übungsgemäß unter dem Bestand des Vorjahres vorgesehen.

Von den Abteilungen der städtischen Verwaltung, die einen Zuschuß erheischen, zeigt

**das Fürsorgewesen und die Kranken- und Wohlfahrtspflege die größte Steigerung.**

War nach dem letztjährigen Voranschlag ein Zuschuß von 8 529 251 M erforderlich, so werden jetzt 12 249 175 M aus allgemeinen Mitteln der Stadt dafür benötigt. So hoch auch dieser Aufwand ist, so ist er doch aus der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die nicht nur die Zahl der bei der Stadt Hilfesuchenden vermehrt hat, sondern die auch größere Leistungen an jeden einzelnen Unterstützungsbedürftigen bedingt, ohne weiteres zu erklären.

Ganze Kategorien von Menschen sind neu in den Kreis der Fürsorge der Stadt eingetreten. Dazu gehören u. a. die Kleinrentner, denen die Leistungen an die Karl Friedrich-, Leopold- und Sophien-Stiftung und an die Elisabeth von Offensandt-Berckholtz-Stiftung mit zusammen 230 000 M zugute kommt, und für die als Anteil an der von Reich und Staat zu gewährenden Hilfe weitere 80 000 M vorgesehen sind. Infolge des neuen Gesetzes über die Unterstützung der Sozialrentner wird künftig auch ein Betrag als Anteil der Gemeinde an dieser Fürsorge vorzusehen sein.

Mit großer Sorge erfüllt die Stadtverwaltung das Ansteigen des Zuschusses zum **Krankenhaus**, der nach dem Stand vom September trotz der mehrfachen Erhöhung der Verpflegungssätze 2 742 367 M beträgt. Dazu tritt der Zuschuß zum Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus mit 729 800 M, ferner mußte zum ersten Mal ein Zuschuß zum neugegründeten Kinderkrankenheim mit 100 000 M vorgesehen werden.

**Für Schulzwecke**

gibt die Stadt im laufenden Jahre 15,7 Millionen Mark aus. Daneben sind zur sonstigen Förderung der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung 3,27 Millionen, d. i. 1 Million mehr als im vorigen Jahre, vorgesehen. An der Mehrung ist insbesondere das Theater mit annähernd 800 000 M beteiligt.

Eine Minderung der Ausgaben ist dagegen infolge der oben geschilderten Aenderung der Gesetzgebung in den Leistungen der Gemeinde an den Kreis eingetreten. Während voriges Jahr 1 534 584 Mark dafür einzusetzen waren, ist in diesem Jahre die Kreisumlage auf 455 355 M zurückgegangen. Die Grund- und Gewerbesteuerpflichtigen müssen freilich diese Erleichterung durch die unmittelbare Steuerpflicht gegenüber dem Kreis erkaufen. Ganz erheblich gestiegen sind andererseits die Staatssteuern sowie Brandversicherungsbeiträge der Gemeinde, die nunmehr zusammen 926 314 M betragen.

Der Voranschlag schließt mit einem Gesamtaufwand von 107 927 055 M
gegen 80 225 479 M im Vorjahre ab. Davon sind durch Wirtschaftseinnahmen gedeckt 36 660 703 M
so daß durch die dem früheren Besteuerungsrecht entsprechenden Erträge noch 71 266 352 M
zu decken bleiben.

Dafür kommt zunächst der Anteil der Gemeinde an der Reichseinkommensteuer gemäß dem obenerwähnten Verteilungsgesetz in Betracht. Im vorigen Etat waren dafür 29 900 000 M, das ist der sogenannte gewährleistete Betrag, errechnet nach dem Ergebnis des Rechnungsjahres 1919 ohne Berücksichtigung der Umlageabgänge, angenommen. Tatsächlich hat die Stadt, wie schon ausgeführt, fürs Jahr 1920 nur erhalten 26 255 000 M, das ist nicht ganz der von der Staatsbehörde nach besonderer Vereinbarung mit dem Reich errechnete vorläufige Gewährleistungsbetrag. Trotzdem ist es wohl nicht zu viel gewagt, den Anteil der Stadt an der Einkommenssteuer des Jahres 1921 mit 29,9 Millionen wieder anzusetzen. Ist auch das tatsächliche Ergebnis der Einkommensteuer durchaus unsicher, so wird unter allen Umständen die Revision des vorläufigen Gewährleistungssolls nach dem tatsächlichen Ergebnis des Jahres 1919 vorgenommen werden und höhere Erträge bringen.

Der Erwartung ferner, daß sowohl für das Jahr 1920 als 1921 ein Ersatz für die weggefallene Besteuerung der reichssteuerfreien Einkommensteile vom Reiche gewährt wird, ist bereits Ausdruck verliehen. Dementsprechend sind 6 564 600 M
im Voranschlag eingestellt. An Umlagenachträgen werden 1 200 000 M
erhofft. Durch die aus Grund- und Betriebsvermögen zu erhebende Gemeindeumlage des Jahres 1921 bleiben mithin aufzubringen 33 601 752 M
Die Grundlage für diese Umlageerhebung ist durch das Gesetz vom 4. August 1921 geschaffen. Dagegen fehlt für die Errechnung des darnach erforderlichen Steuerfußes das Steuerkataster, das erst auf Grund der noch vorzunehmenden Veranlagung aufzustellen ist. Man ist dafür vorderhand auf Schätzungen angewiesen. Hinsichtlich

**des Grundvermögens**

ist dies nicht von erheblichem Belang. Hier wird vorerst gemäß § 62 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes mit den bisherigen Sätzen gearbeitet und auch solche Grundstücke und Gebäude, die neu veranlagt werden, sollen nicht höher bewertet werden, als Grundstücke und Gebäude unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes veranlagt wurden; dabei sollen insbesondere durch die Geldentwertung bedingte Veränderungen des Wertes außer Betracht bleiben. Man wird also bezüglich des Grundvermögens das für 1920 aufgestellte Kataster zugrunde legen, dürfen. Wesentlich anders gestalten sich aber die Dinge

**beim Betriebsvermögen.**

Hier hat eine neue Veranlagung zu erfolgen, für die der Stand des Vermögens an dem für die Veranlagung maßgebenden Tage (d. i. der 3. Dezember 1920) maßgebend ist; hier wird sich also, insbesondere beim gewerblichen Betriebsvermögen, die Geldentwertung voll auswirkn. Das gilt vor allem für das umlaufende Betriebsvermögen, nämlich für die Vorräte zum Verkauf bestimmter Waren einschließlich der Roh- und Hilfsstoffe, sowie der dem Gewerbebetrieb dienenden Vorräte an barem Geld, Wechseln, Wertpapieren usw., die unter dem Einfluß der Geldentwertung wesentlich höhere Werte darstellen, als noch vor etwa zwei Jahren. Auch unter Berücksichtigung der oben angeführten, dem Steuerpflichtigen günstigen Aenderungen der Grundsätze über die Festestellung der Steuerwerte und der weiteren Vergünstigung der Anrechnung der Geschäftsschulden auch auf die Vorräte bis zu deren halbem Wert dürfte eine Erhöhung der Betriebssteuerwerte auf das 2½fache des Wertes vom Jahre 1919 nicht zu hoch angenommen sein. Demgemäß ist von folgenden Steuerwerten auszugehen:

| | bisher: M | künftig: M |
|---|---|---|
| an Betriebsvermögen | 350 000 000 | 875 000 000 |
| an einzeln geschätzten Grundstücken | 26 000 000 | 26 700 000 |
| an landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und Wald | 1 867 000 | 1 867 000 |

Daraus ergeben sich folgende Steuererträge: :

| Vermögensart: | Steuerfuß: | Steuerertrag: |
|---|---|---|
| Gebäude | 2,44 M | 11 224 000 M |
| Betriebsvermögen | 2,44 M | 21 350 000 M |
| einzeln geschätzte Grundstücke | 3,66 M | 977 220 M |
| landwirtschaftl. genutzte Grundstücke u. Wald | 4,88 M | 91 110 M |
| | Gesamtertrag | 33 642 330 M |

Es muß also

**die Erhebung einer Umlage von 2,44 M**

im einfachen Betrag vorgesehen werden.

Der Fälligkeitstag derselben kann noch nicht bestimmt werden, da zunächst noch die Veranlagung vorgenommen werden muß, deren Abschluß kaum vor April erwartet werden kann; seine Festsetzung wird daher dem Stadtrat zu überlassen sein.

Auf diese endgültige Steuerschuld ist die gemäß Gemeindebeschluß vom 15. Juni 1921 auf Grund des Gesetzes vom 23. Mai 1921 zur Erhebung gekommene Umlage von 2 M aus den für 1920 veranlagten Steuerwerten anzurechnen. Als Fälligkeitstag des letzten Viertels dieser vorläufigen Steuer ist der 15. Februar 1922 bestimmt. Die Ungewißheit des Fälligkeitstages für die endgültige Steuerschuld einerseits und die Notwendigkeit, die laufenden Ausgaben zu bestreiten, andererseits, macht es notwendig, von dem Rechte der vorläufigen Steuererhebung aus den Steuerwerten des Jahres 1920 nach den bisherigen Gesetzen noch einmal Gebrauch zu machen, und zwar in Höhe des Unterschieds zwischen dem am 15. Juli 1921 beschlossenen vorläufigen Steuerfuß von 2 M und dem endgültigen einfachen Steuerfuß von 2,44 M, also in Höhe von 44 Pfg. Für die Gebäude wird dann die vorläufige Steuer mit der endgültigen zusammenfallen, für diejenigen Steuerwerte jedoch, für die eine neue Veranlagung stattfinden muß (Betriebsvermögen) oder für die der Steuerfuß bei der endgültigen Feststellung in einem andern als dem einfachen Betrage zur Anwendung kommt (einzeln geschätzte Grundstücke, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und Wald), wird nach endgültiger Feststellung der Steuerschuld eine Nacherhebung in Betracht kommen. Als Fälligkeitstag für die weitere vorläufige Umlage wird zweckmäßigerweise der 15. Februar 1922, an dem auch das Viertel der bereits beschlossenen vorläufigen Umlage zur Erhebung kommt, festgesetzt.

Zur Erhebung dieser weiteren vorläufigen Umlage bedarf es, weil den Betrag von 2 M überschreitend, der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Da indes von den zuerst erhobenen 2 M der Teilbetrag von 44 Pfg. nach ausdrücklicher Bestimmung des Gemeindebeschlusses vom 15. Juli 1921 zur Abgleichung des Fehlbetrages des Jahres 1920 bestimmt war, zu dessen Deckung andere Städte eine Nachtragsumlage für 1920 erhoben haben, und der Bedarf der Gemeinde in dieser Höhe auch außer Zweifel steht, überdies das neue Gesetz, auf Grund dessen die Umlage endgültig erhoben wird, eine Begrenzung des Steuerfußes auf eine bestimmte Höchsthöhe nicht mehr kennt, so dürfte wohl an dieser Genehmigung nicht zu zweifeln sein.

Mit der endgültigen Gemeindeumlage wird auch die Kreisumlage auf Grund des § 3 des Steuerverteilungsgesetzes zur Erhebung kommen. Sie wird für das laufende Jahr voraussichtlich 13 Pfg.

## Gerichtszeitung.

=!= **Heidelberg**, 25. Jan. Das **Schwurgericht** verurteilte den Landwirt Heinrich Wilhelm Gebhard aus Eppingen, der auf der Landstraße bei Gemmingen einem Schulmädchen den Geldbeutel mit Inhalt abgenommen hatte, wegen Diebstahls zu einem halben Jahr Gefängnis.

s.= **Freiburg**, 21. Jan. Wegen einer Reihe der schwersten Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Kindern in verschiedenen Ortschaften des Bezirks Staufen, verurteilte die Strafkammer den öfters vorbestraften Müller Wilhelm Eble aus Schuttern zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

= **Bamberg**, 23. Jan. Das Schöffengericht verurteilte eine Bauersfrau, die auf dem Wochenmarkt eine etwa 10 Pfund schwere Gans zu 180 M verkaufen wollte, zu 3000 M Geldstrafe. Außerdem hat die Frau noch die Gerichtskosten in Höhe von 1000 M zu tragen.

### Karlsruher Schwurgericht.

△ **Karlsruhe**, 25. Jan. Das **Schwurgericht Karlsruhe** fällte gestern in später Abendstunde nach zweitägiger Verhandlung das Urteil in dem Prozeß gegen die wegen **Urkundenfälschung und Betrugs** angeklagten Kaufleute **Weber** und **Gehry**.

In der gestrigen Nachmittagssitzung, die um ¼4 Uhr begann, wurden zunächst noch einige Feststellungen zur Beweisaufnahme getroffen.

Hierauf stellt der Vorsitzende die 14 Fragen bezüglich der Schuldfragen und der mildernden Umstände fest, die die Geschworenen zu beantworten haben.

Oberstaatsanwalt Dr. **Rudmann** beantragte nach eingehender Würdigung der begangenen Straftaten die Bejahung sämtlicher Schuldfragen und bittet nur dem Angeklagten **Gehry** mildernde Umstände zu bewilligen, während sie dem Angeklagten **Weber** wegen seines hartnäckigen Leugnens bis zum Schluß versagt werden müßten. Der Verteidiger des Angeklagten Weber, Rechtsanwalt **Peter** plädiert in erster Linie auf Freisprechung, in zweiter Linie auf Zubilligung mildernder Umstände. Rechtsanwalt **Geier**, Verteidiger des Angeklagten Gehry bat die Geschworenen, sämtliche Schuldfragen bezüglich des Angeklagten zu verneinen.

In seinem Schlußwort beteuerte Weber nochmals seine Unschuld, indem er angab, daß er die Frachtbriefe nicht gefälscht habe.

Nach den Belehrungen des Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen zu etwa einstündiger Beratung zurück.

Das Ergebnis der Beratung war, daß die Geschworenen die vier gegen den Angeklagten Weber gestellten Schuldfragen bejahten und ihm mildernde Umstände versagten, die Schuld Gehrys aber verneinten.

Oberstaatsanwalt Dr. **Rudmann** beantragte nach Verlesung des Spruches der Geschworenen eine Gesamtzuchthausstrafe von nicht unter drei Jahren. Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von mindestens 5 Jahren und eine Geldstrafe in Höhe von 20 000 Mark. — In kurzen Worten bat der Verteidiger Webers alsdann um Milde.

Unter Einrechnung eines am 11. Mai 1921 gegen Weber ergangenen Urteils von 1 Jahr und 4 Monaten Gefängnis wegen Hehlerei wurde der Angeklagte **Weber** zu einer **Gesamtzuchthausstrafe von 3 Jahren**, abzüglich 2 Monaten der Untersuchungshaft, zu einer Geldstrafe von 20 000 Mark, im Falle der Unbeibringlichkeit zu weiteren 200 Tagen Zuchthaus, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 6 Jahren verurteilt. — **Gehry** wurde **freigesprochen**.

### Nachklänge zum Siefert-Prozeß.

w. **Heidelberg**, 24. Jan. Der zweimal zum Tode verurteilte Raubmörder Leonhard Siefert aus Olsen ist noch in der vergangenen Nacht unter starker Bedeckung vom Heidelberger Amtsgefängnis in das **Strafgefängnis nach Mannheim überführt** worden. Daß Siefert, bezw. sein Verteidiger gegen das Urteil Revision einlegt, wird als sicher angesehen, wenngleich bisher noch nichts Bestimmtes darüber bekannt ist. Es wird berichtet, daß die Angehörigen Sieferts auf Drängen des Angeklagten hin versucht hatten, einen **Verteidiger** zu finden. Sie gingen verschiedene Rechtsanwälte deshalb an, erhielten aber überall eine **Ablehnung**. Wahrscheinlich war jedem Anwalt der Ausgang des Prozesses klar. So beauftragte das Schwurgericht schließlich — und zwar ziemlich spät — den Rechtsanwalt **Karg** in Heidelberg mit der Offizialverteidigung. Das Heidelberger Schwurgericht besteht erst seit etwa einem Jahre, da früher die Schwurgerichtsfälle aus Heidelberg und Umgebung in Mannheim mit verhandelt wurden. Es ist bemerkenswert, daß auch in der **ersten** Sitzungsperiode ein **Todesurteil** gefällt werden mußte, und zwar ziemlich genau **ein Jahr vorher**: Am 23. Januar 1921 wurde der neunzehnjährige Kaufmann Karl Stuhlmüller wegen Giftmords an seiner ehemaligen Geliebten zum Tode verurteilt, hinterher allerdings zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt.


Henkell Trocken
Die Marke äußerster Sorgfalt!

# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

25. Januar — Handelszeitung der Badischen Presse. — Nr. 42


## Der Dollar = Mk. 202.79

### Industrie und Handel.

**Deutsche Koloniale Bananen-Mühlenwerke G. m. b. H., Mannheim-Industriehafen.** Die Firma ist am 1. Januar 1922 in andere Hände übergegangen, wird aber unter der gleichen Firmenbezeichnung weitergeführt. Der bisherige Geschäftsführer Robert Wolff in Mannheim ist ausgeschieden und an seine Stelle sind die Herren Albert Köchler und Hans Nedden, beide aus Konstanz, zu geschäftsführenden Direktoren bestellt worden.

**Gebrüder Großmann A.-G. Brombach.** Die Gesellschaft hat ihr Aktienkapital um 32 Millionen M erhöht, sodaß es jetzt 38 Millionen beträgt.

**Bad Mergentheim A.-G.** Das Bezugsrecht für die 10 Mill. M neuen Aktien die den alten Aktionären im Verhältnis von 3:1 zum Kurse von 170 Proz angeboten werden, ist vom 21. Januar bis einschl. 8. Februar auszuüben. Wie die Verwaltung mitteilt, hat das am 31. Dezember 1921 abgelaufene Geschäftsjahr sehr befriedigende Ergebnisse gezeitigt. Die Erwerbung der Kuranstalt Hohenlohe bedeutete für die Gesellschaft den wertvollen Zuwachs eines erstklassigen und allen modernen Anforderungen entsprechenden Hotels. Die Wintermonate würden dazu verwandt, den sorgfältigen inneren Ausbau des gesamten Unternehmens durchzuführen.

**Gebrüder Hanz in Ebingen.** Die Trikotwarenfabrik ist mit Firma auf eine Kommanditgesellschaft übergegangen.

**Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G. in Frankfurt a. M.** Die ordentliche Generalversammlung, die, wie bereits gemeldet, über die Erhöhung des Aktienkapitals um 40 auf 140 Mill Mark durch Ausgabe von 30 Mill. M auf den Inhaber lautenden Stammaktien und 10 Mill. M auf den Namen lautenden Vorzugsaktien Beschluß fassen soll, wird nunmehr auf den 22. Februar einberufen. Gleichzeitig soll auch die Genehmigung des mit der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt, vorm. Roeßler, und der Metallgesellschaft abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag erteilt werden.

**Wilhelm Kaiser u. Co. in Frankfurt a. M.** Diese Gesellschaft ist mit 8 Millionen M Kapital im Handelsregister zur Eintragung gelangt. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Fortführung der Lack- und Farbenfabrik Wilhelm Kaiser u. Co. zu Frankfurt a. M. sowie überhaupt die Herstellung und der Vertrieb von Lacken und Farben und deren Rohprodukten sowie die Herstellung und der Vertrieb von chemischen Produkten aller Art und sonstigen Gegenständen, welche hiermit zusammenhängen. Die Gründer haben sämtliche Aktien zum Nennwert übernommen. Die Fabrikanten Max Weinberg und Hermann Weinberg zu Frankfurt a. M. sind die beiden alleinigen offenen Handelsgesellschafter der Firma Wilhelm Kaiser u. Co in Frankfurt a. M. Sie bringen in die Gesellschaft das von ihnen unter der vorgenannten Firma betriebene Unternehmen mit sämtlichen Aktiven und Passiven und dem Firmenrecht ein. Die Einbringung erfolgt auf Grundlage der beigefügten Vermögensaufstellung per 24. Oktober 1921. Danach verbleibt ein Aktiv-Saldo von 2 605 930 M, welcher das Kapitalvermögen der Fabrikanten Max Weinberg und Hermann Weinberg per 24. Oktober 1921 darstellt. Die Aktiengesellschaft gewährt für dieses Einbringen und damit für die Einbringung sämtlicher Aktiven abzüglich der Passiven den Fabrikanten Max Weinberg und Hermann Weinberg den Betrag von 2 605 000 M in Aktien der Gesellschaft zum Nennwert und den Betrag von 930 M in bar. Das Geschäft gilt bereits für die Zeit vom 24. Oktober 1921 ab als für Rechnung der neuen Aktiengesellschaft geführt.

**„Berzelius" Metallhütten-A.-G. in Frankfurt a. M.** Die Verwaltung beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 23. Februar zwecks Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um 15 auf 30 Mill. Mark.

**Weinbrennerei, vorm. Gebr. Macholl A.-G. in München.** Die Gesellschaft erzielte einen Reingewinn von 1,68 Millionen Mark (i. V. 0,68 Mill.), woraus wieder 15 Proz. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital verteilt werden. (Eig. Drahtbericht.)

**Nachbauer u. Co., Kommanditgesellschaft, Ochsenhausen.** Die Bankfirma Braitinger u. Co., Kommanditgesellschaft in Biberach ist mit allen Aktiven und Passiven an Nachbauer u. Co. übergegangen, an der die mit 25 Millionen Mark vor kurzer Zeit gegründete Handels- und Diskonto-A.-G. in Berlin mit einem größeren Betrag kommanditarisch beteiligt ist.

**Kammgarnspinnerei Kaiserslautern.** Die Verwaltung beruft auf den 31. Januar 1922 nach Kaiserslautern eine außerordentliche Generalversammlung ein, in der über die Erhöhung des Grundkapitals um 8,3 Mill. M sowie über Statutenänderung Beschluß gefaßt werden soll.

**Friedrich Andreas Perthes A.-G., Verlag in Gotha.** Die Generalversammlung hat auf Grund der abgeschlossenen Interessengemeinschaft mit der Verlagsanstalt Stuttgart die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Stuttgart beschlossen. Der Aktienumtausch ist auch in Wirksamkeit getreten. In den Aufsichtsrat des Perthes-Verlags sind mehrere Herren der Deutschen Verlagsanstalt gewählt worden. Die Verlagsrichtung und die Selbständigkeit der Gesellschaft, deren Vorstand unverändert bleibt, werden hierdurch nicht berührt. Die Versammlung genehmigte ferner die Regularien und setzte die Dividende auf 8 Proz. für die Vorzugsaktien und 2 Proz. Restdividende fest.

**Werbezentrale Lloyd A.-G., Berlin.** In Berlin wurde mit 10 Mill. M Aktienkapital diese Gesellschaft mit einer Zweigniederlassung in Bremen gegründet. Beteiligt sind dabei die Nationalbank, Kommerzienrat Fritz Guggenheim, Carsch, Simon usw. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. Präs. Heinecken ((Nordd. Lloyd), Fritz Guggenheim, Otto Carsch usw. an.

*

### Deutscher Metallmarkt vom 16. bis 21. Januar.

mitgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H., Berlin.

In den letzten Wochen, seitdem überhaupt mit der Entente über die Reparationszahlungen verhandelt wurde, haben sich der Dollarkurs und die Metallpreise ziemlich stabil gehalten, die enormen Schwankungen haben nun schon seit längerer Zeit aufgehört. Immerhin scheint es der Spekulation klar zu sein, daß auch eine Zahlung von 700 Mill. Goldmark für 1922 für uns mit größten Schwierigkeiten verbunden ist, und von diesem Gesichtspunkte aus ging der Dollar in der Berichtswoche wieder auf einen Stand von ca. 200, wozu allerdings die Reden des Herrn Poincaré das übrige taten. Die Metallkurse richteten sich in der letzten Woche wie gewöhnlich nach den Devisennotierungen und zogen an, am Wochenende war die Tendenz recht fest. Eine kleine Hemmung ging allerdings in diesen Tagen vom Londoner Metallmarkt aus, da von dort niedrigere Metallkurse gemeldet wurden, und so konnten besonders bei Zinn, Zink und Blei hier die festeren Devisen nicht wie sonst zum Durchbruch kommen. Aluminium war vernachlässigt. Im übrigen nahm das Geschäft seinen regelmäßigen Verlauf, es wurden wieder vom Konsum größere Quantitäten aus dem Markte genommen, und machte sich vielfach Knappheit an greifbarer Ware bemerkbar. Die Spekulation und der Handel haben sich gleichfalls rege am Geschäft beteiligt, und wurden erhebliche Umsätze erzielt.

Am Altmetallmarkt waren die Umsätze auch bei anziehenden Preisen recht bedeutend. Elektrolytkupfer war reichlich angeboten, Schwerkupfer dagegen gesucht. In promptem Rotguß herrschte Knappheit bei größerer Nachfrage.

Die bezahlten Preise der letzten Woche waren unverbindlich wie folgt: Elektrolytkupfer wire bars 5750—6100 M, Raffinadekupfer 99 Prozent 5225 bis 5425 M, Reinnickel 98/99 Prozent 11 700—12 000 M, Hüttenaluminium 98/99 Prozent 8000—8200 M, Zinn, Bank a. Austral 13 300—13 700 M, Lötzinn 30 Prozent 5400—5700 M, Hüttenrohzink 2100—2200 M, Remeltedzink 1575—1650 M, Hüttenweichblei 2000—2075 M, Hartblei, je nach Qualität, 1650—1750 M, Antimon-Regulus 1950—2050 M, Quecksilber 22 500—24 500 M, alles per 100 Kilogramm.

Edelmetallpreise: Platin 400—480 M, Silber 3,60—3,85 M, Gold 124—130 M, alles per Gramm. Goldkurs der Reichsbank für ein 20 Markstück vom 23. bis 28. Januar 1922 780 M.

Altmetallpreise, liegerecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsprechender Ab- bezw. Zuschlag: Altkupfer 4700 bis 4900 M, Altrotguß 3700—3950 M, Gußmessing 2600—2750 M, Messingspäne 2300—2400 M, Altzink 1350—1425 M, neue Zinkabfälle 1500—1700 M, Zinkzinderlegierung 1350—1450 M, Altblei 1525—1650 M, Aluminiumblechabfälle 98/99 Prozent 5200—5500 M, alles per 100 Kilogramm.

*

### Ueber die Lage in der Porzellanindustrie.

Die Porzellanindustrie hat infolge der Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohstoffen und Brennstoffen wohl die meisten Schwierigkeiten gegenüber anderen Industrien, da einige für die Fabrikation notwendigen Materialien ausschließlich vom Ausland bezogen werden müssen, was durch den niedrigen Stand der deutschen Mark und die hohen Frachtspesen sehr ins Gewicht fällt. Noch schwieriger liegt die Sache bezüglich der Brennstoffversorgung. Die unzureichende Belieferung seitens des Inlands zwingt die Fabriken, zu böhmischer Braunkohle zu greifen, die ebenfalls durch den Tiefstand unserer Mark sehr teuer ist. Rechnet man hierzu die erhöhten Ansprüche der Angestellten und Arbeiter, wodurch die Teuerungszuschläge für die Produkte wiederum erhöht werden müssen, so ergibt sich für die Fertigprodukte ein ca. 50facher Preis gegenüber den Friedenspreisen. Das Geschäft im Inland war trotz der hohen Preise befriedigend. Der Export ist in den letzten Monaten bedeutend gestiegen, was aber nicht nur auf die Valuta zurückzuführen ist, sondern unbedingt auf die gute Qualität des deutschen Porzellans. In allen Fabriken sind reichlich Aufträge vorhanden und infolge der bereits erwähnten Qualitätslieferungen seitens Deutschlands wird der Export aller Voraussicht nach noch weiter steigen.

*

**Mannheimer Effektenbörse.** Die Haltung der heutigen Börse war etwas ruhiger. In Benz-Aktien war Geschäft zu höherem Kurse; Notiz 620 bez. u. G., ebenso in Dinglersche Maschinenfabrik, die zu 639 Prozent umgingen. Außerdem gelangten zur Notierung Umsätze in Mannheimer Versicherungsaktien zu 2550 Mark pro Stück und in Frankona zu 1700 Mark ppro Stück Niedriger stellten sich Westeregeln, 2500 B., und Zellstoffabrik Waldhof, 840 bez. u. G.

### Notierungen der Frankfurter Börse vom 25. Jan.

**Bank- und Industrie-Aktien.**

| | 24. | 25. | | 24. | 25. | | 24. | 25. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Bad. Bank | 514.— | 505.— | Harp. Bergb. | 1473.— | 1410.— | .. Gritz.Durl. | 1080.— | 1056.— |
| Darmst. Bank | 270.— | 270.— | Laurahütte | 945.— | 930.— | M.F.Haid & Neu | 786.— | 786.— |
| Dtsch. Bank | 491.— | 482.— | Aschbg.Zellst | 899.50 | 865.— | M.F.Karlsruh. | 942.— | 901.— |
| Disk.-Gesell. | 411.— | 409.— | Grün & Bilfg. | 645.— | 638.— | Mot.Oberursel | 700.— | —.— |
| Dresd. Bank | 324.50 | 324.— | Cem.Heidelbg | 820.— | 780.— | Schl.&Co.Hbg | —.— | —.— |
| M.-D.-Creditb. | 294.— | 291.— | Bad. Anilin | 629.— | 605.— | Schuhf. Herz | †505.— | 496.— |
| Oestr.Ländbk. | 178.— | 173.— | Scheideanst. | 1490.— | 1430.— | Els.B.W.Kehl | 945.— | 940.— |
| Pfälz. Bank | 55.— | 53.— | Höchst. Farb. | 604.— | 583.— | Sp. Ettlingen | —.— | 1675.— |
| Rh. Kreditbk. | 260.— | 255.— | Rütg. Werke | 932.— | 890 | U.-fab.Furtw. | 795.— | —.— |
| Südd.Dis.Ges. | 370.— | 370.— | El.Licht,Kraft | 525.— | 506.— | W.Fuchs Hbg. | 800.— | 780.— |
| Wiener Bank | 54.50 | 53.50 | Jungh.Gebr. | 600.— | 600.— | Z.-fbr. Waldh. | 843.— | 805.— |
| Württ. Notbk. | 460.— | —.— | Adl.&Oppenh. | 1449.— | 1309.— | Z. fbr. Wagh. | 823.— | 785.— |
| Boch. Gußst. | —.— | —.— | M.-F. Badenia | 683.— | 650 | .. Frankthal | 820.— | 776.— |
| Gelsenk. Bk. | 941.— | 832.— | .. Durlach | —.— | 828.— | Benz-Motoren | 615.— | 605.— |

† rat.

**Frankfurter Börse vom 25. Januar 1922.** Im Zusammenhang mit dem Devisenmarkt war der Börsenverkehr ruhig und die Spekulation zeigte nur geringe Unternehmungslust. Die Schwierigkeiten, die dem Zustandekommen eines Steuerkompromisses begegnen, waren ebenfalls wenig geignet, einer Belebung Platz zu machen. Im freien Verkehr war das Geschäft ruhig bei vorwiegend schwacher Tendenz. Deutsche Petroleum 1800—1850, Mansfelder, Kuxe 24 500, Dyckerhoff & Wiedmann 605—600. Um eine Kleinigkeit konnten sich Benzwerke heben 605—607, Inag 820, Rastatter Waggon 710, Chemische Rhenania 1 000—990. Buderus 805, Karstadt 335. Auf den variablen Märkten zeigte die Tendenz eine ziemliche Widerstandsfähigkeit. Die Kursbewegung der Montanaktien war bescheiden. Schwächer lagen bei Beginn, Chemische, Montan-, und Eelektrizitätsaktien. Die ersten schwankenden Notierungen brachten, auch für Zellstoff-Zucker, Maschinenfabrikation niedrigere Notierungen. Neckarsulmer 1200, büßten bei erster Notiz 60, Kleyer mit 620 30% ein. Matte Tendenz bei Angebot zeigen Mannesmann, Phönix, Buderus sowie Kaliaktien. Höher gesucht sind Ätzwerke München, chemische Albert. Anilinwerte durchweg schwächer, Scheideanstalt 1450, Metallbank gedrückt 1055, Kreditanstalt 75½. Von sonstigen Auslandswerten Mexikaner schwächer. Ungarische Renten unterlagen Schwankungen. Der Dollar wurde mit 209—205 genannt. Gebr. Junghans 604, Philipp Holzmann 761, büßten 30 Proz. ein.

**Berliner Devisennotierungen.** Berlin, den 25. Januar. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

| Telegraph. Auszahlung. | 24. 1. 22 Geld | 24. 1. 22 Brief | 25. 1. 22 Geld | 25. 1. 22 Brief | Telegraph. Auszahlung. | 24. 1. 22 Geld | 24. 1. 22 Brief | 25. 1. 22 Geld | 25. 1. 22 Brief |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Amsterdam fl. | 7793.20 | 7807.80 | 7442.55 | 7457.45 | New-York . D. | 209.79 | 210.21 | 202.78 | 203.21 |
| Brüssel Antw. | 1623.35 | 1626.65 | 1598.40 | 1601.60 | Paris . . . Fr. | 1708.25 | 1711.75 | 1655.80 | 1659.20 |
| Kristiania Kr. | 3126.65 | 3133.35 | 3196.80 | 3203.20 | Schweiz . . . | 4115.85 | 4124.15 | 3936.05 | 3943.95 |
| Kopenhag. .. | 4225.70 | 4234.30 | 4088.40 | 4096.60 | Spanien . . Pes. | 3151.80 | 3158.25 | 3026.95 | 3033.25 |
| Stockholm .. | 5269.70 | 5280.30 | 5104.85 | 5115.50 | D.-Oestr. abg. | 5.48 | 5.53 | 5.48 | 5.52 |
| Helsingfors .. | 404.65 | 405.4 | 381.60 | 382.60 | Prag . . . . Kr. | 421.55 | 422.45 | 380.60 | 381.40 |
| Italien . . . L. | 924.05 | 925.95 | 874.10 | 875.90 | Budapest . .. | 28.97 | 29.02 | 27.87 | 27.93 |
| London . . Pf. | 891.60 | 893.40 | 862.10 | 863.90 | Bulgarien . . | 133.85 | 134.10 | 128.85 | 129.15 |

**Frankfurter Devisennotierungen.** Frankfurt, den 25. Jan. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

| Telegraph. Auszahlung. | 24. 1. 22 Geld | 24. 1. 22 Brief | 25. 1. 22 Geld | 25. 1. 22 Brief | Telegraph. Auszahlung. | 24. 1. 22 Geld | 24. 1. 22 Brief | 25. 1. 22 Geld | 25. 1. 22 Brief |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Antw.-Brüssel | 1683.80 | 1686.20 | 1583.40 | 1586.60 | Norwegen . | 3359.10 | 3365.90 | 3196.80 | 3203.20 |
| Holland . . | 7767.20 | 7782.80 | 7392.60 | 7407.40 | Schweden . | 5257.20 | 5267.80 | 5094.90 | 5105.10 |
| London . . | 895.90 | 898.40 | 862.10 | 863.90 | Helsingfors | —.— | —.— | —.— | —.— |
| Paris . . . | 1723.70 | 1729.30 | 1670.80 | 1674.20 | New-York . | 212.20 | 212.80 | 202.70 | 203.30 |
| Schweiz . . | 4145.80 | 4154.20 | 3959.50 | 3966.50 | Wien (altes) | —.— | —.— | —.— | —.— |
| Spanien . . | 3201.80 | 3208.20 | 3066.90 | 3073.10 | D.-Oestr.abg. | 5.74 | 5.75 | 5.64 | 5.66 |
| Italien . . . | 929.— | 931.— | 889.10 | 890.90 | Budapest . | 29.59 | 29.66 | 27.22 | 27.28 |
| Lissabon-Op. | —.— | —.— | —.— | —.— | Prag . . . | 411.— | 412.— | 384.60 | 385.40 |
| Dänemark . | 4320.60 | 4329.40 | 4065.90 | 4074.10 | | | | | |

**Züricher Devisennotierungen.** Zürich, den 25. Januar. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraphische Auszahlungen.

| | 24. 1. 22 | 25. 1. 22 | | 24. 1. 22 | 25. 1. 22 |
|---|---|---|---|---|---|
| Holland . . . | 187.— | 187.50 | New-York . . . | 514.50 | 514.— |
| Deutschland . . | 2 37½ | 2 48 | Agram . . . | 1.70 | 1.70 |
| Wien . . . . . | 0.15 | 0.14½ | Warschau . . . | 0.15 | 0.15 |
| Prag . . . . . | 10.05 | 9.95 | Kopenhagen . . | 103.— | 103.35 |
| Paris . . . . . | 41.20 | 41.90 | Stockholm . . . | 128.— | 128.50 |
| London . . . . | 21.68 | 21.72 | Kristiania . . . | 81.— | 80.— |
| Italien . . . . | 22.40 | 22.50 | Madrid . . . . | 77.— | 77.50 |
| Brüssel . . . . | 39.80 | 40.15 | Buenos-Aires . . | 170.— | 172.50 |
| Budapest . . . | 0.72½ | 0.70 | | | |

**Vierjahreszeiten**
Morgen
Donnerstag, 26. Januar, 7½ Uhr
**KONZERT**
**Fela Rybier - Jouan Costi**
(Klavier) (Bass)
Fela Rybier ist ein jugendliches Genie, dem eine große Zukunft winkt. Vortreffliche, technische Qualitäten, ein ungewöhnliches Vortragstalent, vollständige Beherrschung des Instruments, großer Musiksinn, Schwung u. ein außergewöhnlich. Temperament müssen festgestellt werd. (Vossische Zeitung, Berlin.)
Karten zu Mark 12.—, 9.—, 6.— und 4.— (ausschl. Steuer) bei 1063
**Kurt Neufeldt.**

**Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege.**
Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Chem. Hörsaal der Techn. Hochschule:
**I. Vortrags-Abend**
Professor Massinger
**„Wanderungen über die Höhenwege des Schwarzwaldes"**
mit Lichtbildern. 1140 Eintritt frei.

**Grammophon**
**Gramolas Platten**
Künstler-Aufnahmen. - Neueste Tänze.
Größte Auswahl in allen Preislagen.
Grammophon-Abteilung des Pianolagers
**H. Maurer,** Kaiserstr. 176
Eckhaus Hirschstraße. 1327

**STOTTERN** u. and. Funktion. Stimmstörungen werden beseitigt d. **P. Paschen,** Stabelstr. 4. Atem- u. Sprechtechnik. Sprzt.: Mo. u. Do. 3—4. 70

**Eröffnung Frühjahr 1922**
Neuzeitliche
**Privat-Zeichenschule für bildende Kunst**
Kunstmaler Otto M. Leidel
**Percha** – Starnbergersee – Oberbayern
12-jährige Lehrtätigkeit — Eigene Lehrmethode für Schüler und Schülerinnen, Alter 14—25 Jahre. A4235
Unterkunftsräume — Kabinen — Verpflegung nicht obligatorisch.
Kunstgewerbliche Zeichenkurse obligatorisch für Kunststudierende.
— Studienfolge frei. — Minderbemittelte Ermässigung. —

**Modellschreinerei**
gesucht
welche laufend Modelle prompt liefern kann.
Angebote erbittet: 5957a
**Badische Maschinenfabrik, Durlach.**

**Heidelberger Radium-Pastillen**
Hergestellt aus der Städt. Radium-Solquelle.
Aerztlich empfohlen! bei Erkrankung der Luftwege, der Muskeln und Gelenke, der Gefässe (Arterien-Verkalkung) und des Stoffwechsels.
Zu haben in Apotheken und Drogerien. 5408a

**Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden m.b.H.** Sitz Karlsruhe.
**Unser Verkauf**
in
**Herren-Anzügen, modernen, gestreiften Hosen, Herren- und Damengummimänteln, Herren-, Damen- und Kinderstiefeln**
wird ab heute wieder eröffnet.
Verkaufszeit von 8—12 u. 2—6 Uhr in unserem Lager Karlsruhe, Kriegsstr. 7, alt. Pers.-Bahnh
Zugang von der ehemaligen Bahnsteigseite. 1311

**100% Verdienst! Visitkarten** 6
Ihr Name 10 Stck. Mk.
Oval-Gemälde 5 Stck. 20.- gerahmt 29cm h. franko b. Voreinsd. Jahn, Hamborn 6

**Der neue Posttarif**
ist in übersichtlicher Weise zusammengestellt, zum Preise von Mk. 1.50 erhältlich in der
**Geschäftsstelle der Bad. Presse**
Ecke Zirkel und Lammstraße
sowie den Zweigstellen, Trägern und Straßenverkäufern. Versand nach auswärts gegen Einsendung des Betrages zuzügl. 50 Pfg. f. Porto.

**Turf**
das anhaltende Modeparfüm
Originalflasche: Verkauf Mk. 75.-
Doppelflasche: Verkauf Mk. 150.-
Teras-Haus 4685a
**Max Schwarzlose**
Berlin N.W. 40, Lehrterstr. 18-19. Gegr. 1869.

**Zionistische Ortsgruppe Karlsruhe.**
Donnerstag, 26. Jan. 1922, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Herrenstraße 11
**Fortsetzung der Generalversammlung.**
Wir laden die Mitglieder zu vollzähligem Besuch ein. 1316
Der Vorstand.

**!! Vorteilhaftes Angebot !!**
**Lösungsmittel**
schwedischer Herkunft
wasserhell, mildriechend, speziell geeignet zur Parkettbodenwachsfabrikation, zu 15 Mk. per kg abzugeben, gegen Kasse bei Auslieferung. Ware liegt in Karlsruhe, verfügbar ca. 800—1000 kg. Angebot freibleibend. Interessenten wollen sich unter Nr. 1303 an die Bad. Presse wenden.

**40 000 Mark**
auf ca. 6 Monate v. gut rentablem Unternehmen bei guter Sicherheit und Bürgschaft sofort aufzunehmen gesucht. Angebote, nur von Selbstgeber erbeten unter Nr 1308 an die Badische Presse.

**Mk. 3000**
sucht Geschäftsmann von Selbstgeber sofort gegen 15% Zins und Sicherheit auf 5 Monate. Angebote unter Nr. 1310 an die „Bad. Presse" erb.

**Birn- u. Nußbaumrundholz**
zu Furnierzwecken geeignet, zu kauf. gesucht.
**Süddeutsche Furnierfabrik**
Hartmann & Co.
Karlsruhe (Baden). Telephon 5228. 18627

# Städt. Spar- u. Pfandleihkasse Karlsruhe.

Gemäß § 55 der Satzungen werden die nachgenannten Gebühren mit sofortiger Wirkung wie folgt neu festgesetzt:

1. Die Gebühr für abgelöste Sparbücher (§ 17 letzter Abs. der Satzungen auf . . . . . 3 ℳ für das Stück.
2. Die Schätzungsgebühren der Pfandleihkasse (§ 31 letzter Abs. der Satzungen):

**a) für Goldpfänder.**

bei einem Schätzungswert bis 100 ℳ auf 3 %.
bei einem Schätzungswert von 101 ℳ — 500 ℳ auf 2% und mindestens 3 ℳ
bei einem Schätzungswert von über 500 ℳ auf 1 % und mindestens 10 ℳ.

**b) für sonstige Pfänder:**

bei einem Schätzungswert bis zu 100 ℳ auf 2 %.
bei einem Schätzungswert von 101 ℳ — 500 ℳ auf 1 % und mindestens 2 ℳ.
bei einem Schätzungswert von über 500 ℳ auf ½ % und mindestens 3 ℳ.
Wenn das Darlehen unter 50 ℳ bleibt, wird keine Gebühr erhoben.

3. Die Lagergebühren der Pfandleihkasse (§ 37a der Satzungen):
für Pfänder im Schätzungswert bis zu 100 ℳ auf 4% und mindestens 50 Pfg.
für Pfänder im Schätzungswert von 101—500 ℳ auf 2% und mindestens 4 ℳ
für Pfänder im Schätzungswert über 500 ℳ auf 1% und mindestens 10 ℳ
Die Gebühr wird für jeweils 3 Monate oder einen angefangenen Teil dieser Zeit berechnet.
4. Die Gebühr für Bareinzahlungen auf Girokonten durch Nichtgirokunden auf 50 Pfg.

**Karlsruhe**, den 18. Januar 1922. 1822

**Der Verwaltungsrat.**

# Stammholzverkauf.

Bad. Forstamt Bruchsal verkauft freihändig etwa 2000 fm Ei-, Hb-, Rb-, Er-, Es-, Ul-, Pi- und Fo-Stammholz 1.—5. Kl., teils abgabebereit, teils auf dem Stock, aus den Domänenwaldungen Obere Lußhardt und Eichelberg. Die Angebote sind schriftlich, je nach Holzart, Sortiment, Stärke u. Qualitätsklasse für je 1 fm bis spätestens 11. Februar d. Js. einzureichen. Zuschlagefrist 3 Wochen. Lohnauszüge über das abgabebereite Holz gegen Voreinsendung von 5 Mark vom Forstamt zu beziehen. Weitere Auskunft durch das Forstamt. 5942a

# Versteigerung.

**Freitag, den 27. Januar, vormitt. 9½ Uhr und nachmittags 2 Uhr Fortsetzung,** werde ich im Auftrage aus einem Nachlaß **Kurvenstr. 19** folgende Sachen öffentlich versteigern:
2 große Kleiderschränke, 3 Chiffonniere, 2 eint. Schränke, 1 Schreibtisch, 2 Kommoden, 3 Sofa, 1 Ecksofa, 1 Salontisch, 2 Ausziehtische, 4 Tische versch. Größe, 26 versch. Rohrstühle, 1 Armstuhl, 1 gepolst. Lehnstuhl, 5 versch. Spiegel, 1 Büchergestell, 1 Notenständer, 2 Spinnräder, 3 Hängelampen für elektr. Licht, 1 Ampel, 18 verschied. Bilder, 1 Uhr (Freischwinger), 1 Schwarzwälder-Uhr, 1 Nähtisch, 1 Nähmaschine, 1 schwarze Säule, 2 Betten mit Rost u. Matratzen, 1 kompl. Dienstbotenbett, 2 Waschkommoden, 2 Nachttische, 1 Küchenschrank, 1 Gasherd, Küchenschäft., Küchengeschirr all. Art, 1 Eisschrank, 1 Flaschenschrank, 1 Badeofen mit Wanne, 1 Fliegenschränkchen, 1 Kochkiste, 1 Bügeltisch mit Teppich, 3 Linoleumteppiche, 1 Reiseteppich, 1 Fernglas, 1 Thermometer, 2 Klavierlampen für Petroleum, 1 Stereoskop, 4 Spazierstöcke m. Elfenbeingriffen, Nippsachen, div. gewöhnl. u. versilbertes Besteck, 1 Partie feine Gläser, 1 schwarzer Herrenanzug, (Gehrock, Weste u. Hose), 1 Klapphut, 1 Damenkostüm, 1 P. Berg- und 1 P. Rohrstiefel, ferner **1 Zuschneideklotz für Schuhmacher** mit Tisch und sonst noch vieler Hausrat. 1309

**J. Madlener,** Auktionator.

NB. Donnerstag nachmittag von 3 bis 4 Uhr können die Sachen besichtigt werden.

**Leistungsfähige**

**Buchdruckerei**

Mittelbadens

mit Setzmaschinenbetrieb, Stereotypie-Einrichtung, modernen Rotationsdruckmaschinen und eigener Buchbinderei

sucht zur vollen Betriebsausnützung

**größere und laufende**

**Druckarbeiten**

sowie den Druck einiger

**Zeitschriften**

zu günstigen Bedingungen zu übernehmen. — Gefl. Anfragen u. Nr. B33505 an die „Bad. Presse" erbet.

# Stiller Teilhaber gesucht.

Zur Vergrößerung eines kleinen, gutgehenden und sehr ausdehnungsfähigen Fabrikationsgeschäftes in **Freiburg i. B.** werden von Selbstgeber als stiller Teilhaber bei Gewinnbeteiligung

## 300 Mille Betriebskapital gesucht.

Das Kapital wird durch erste Hypothek sichergestellt. Angebote unter Nr. 5966a an die Geschäftsstelle der „Badischen Presse".

**Gebr. Möbel**

kauft zu zeitgemäßen Preisen wegen großem Bedarf.

**Altmöbelstelle — Karlsruhe.**

Gemeinnützige Hausratsverwertung

**Schloßplatz 13.** 1305 **Telefon 3204.**

# Gebirgshotel (kleineres)

zu kaufen oder pachten gesucht. Angebote erbeten unter **B. 5055** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin S.W. 19.** A4229

den Erfolg nicht mehr vergebens, wenn Sie eine „Kleine Anzeige" in der „Badischen Presse" aufgeben.

**Emser Wasser**

geg. Katarrh, Husten u.s.w.

## Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Liedolsheim versteigert am Montag den 30. Januar 1922, nachmittags 1 Uhr, aus dem Holzhiebschlag auf d. Rathaus: 16 Eschen, 32 Pappeln, 7 Aspen, 7 Eichen, 5 Rüschen, 2 Erlen, 1 Akazie, 1.—5. Kl. und 8 Ster Nutzholz; außerdem 84 Wiesenpappeln 1.—5. Kl., 1 Kastanien- u. 1 Nußbaum.

Bolz, Bürgermstr.

## Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Allmannsweier versteigert am Montag, den 30. d. M., von vorm. ½11 Uhr an im Mittelwald aus Schlag Nr. 16, 1, 4, 6, 15 u. 21:
77 Eichen bis 2,39 Fstm. messend.
139 Eichen b. 1,56 Fstm messend.
35 Erlen bis 0,77 Fstm. messend.
3 Birken bis 0,42 Fstm. messend.
6 Kirschbäume bis 1,08 messend.
1 Rotbuche b. 1,66 Fstm. messend.
7 Ulmen bis 0,63 Fstm messend.
Forstwart Diebold fertigt auf Verlangen Listenauszüge. 5954a
Allmannsweier, den 24. Januar 1922.

Der Gemeinderat

Drexler, Bromstr. Schäfer, Ratschr.

## Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Leiberstung (Amt Bühl) versteigert am Mittwoch, den 1. Februar ds. Js. vormittags ½11 Uhr, im Schlag Nr. 13, 14 u. 16, anfangend im Schlag Nr. 16, folgende Nutzhölzer:
Eichen: 7 Stück I., 16 St. II., 28 St. III., 39 St. IV., 24 St. V., 4 St. VI. Klasse.
Eichabschnitte: 19 Stück II. bis V. Klasse.
Eschen: 3 Stück V. Kl.
Birken: 2 Stück V., 1 Stück VI. Klasse.
Fichten: 1 Stück I., 7 St. II., 5 St. III. Kl.
Wozu Liebhaber eingeladen werden.
Auszüge werde nur auf Verlangen ausgefertigt.
Leiberstung, den 22. Februar 1922. 5943a

Der Gemeinderat

## Stammholz-Versteigerung.

Die Stadtgemeinde Philippsburg versteigert mit Borgfrist bis 1. Oktober ds. Js. aus ihrem Gemeindewald Molzau am Donnerstag den 2. Februar vormitt 9½ Uhr beginnend:
37 Eichen-Stämme,
5 Buchen-Stämme,
93 Eschen-Stämme,
10 Rüschen-Stämme,
31 Forlen-Stämme,
194 Fichten-Stämme,
sowie
50 Eichen-Stangen und
150 Fichten-Stangen.
Zusammenkft. am Waldeingang bei Abt. 2.
Philippsburg, den 23. Januar 1922. 5959a

Bürgermeisteramt: Pfeiffer. Neudold.

## Jagdverpachtung.

Mittwoch den 22. Febr. 1922 nachm. 2 Uhr im Gemeindehause werden die Jagdbogen Nr. 2 u. 3 der hiesigen Gemeinde-, Feld- u. Waldjagd, auf die Restdauer von 4 Jahren öffentlich versteigert. Wildschaden vergütet die Gemeinde. Die beiden Jagdbogen sind etwa 650 ha groß und weisen guten Wildstand auf (hauptsächlich Hasen, Rehe u. Wildenten). 5951a
Neuburg am Rhein (Pfalz), 23. Jan. 1922.
Bürgermeisteramt: Ertel.

# Etwa 200000 Mark Preise und Prämien

werden verteilt beim großen Propaganda-Werbe-Ausschreiben für **Schuhputz Nigrin** und **Seifenpulver Schneekönig.** A1662

Verlanget beim Händler kostenlos Werbebogen. Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

# Irische Oefen

800—1000 cbm, gut erhalten, **zu verkaufen.** 1819
Näheres bei
Hafnermeister **Lunz,** Akademiestraße 14.

## Fischhalle

hinter dem Vierordtbad u. auf dem Wochenmarkt.

Heute frisch eingetroffen:
**Kabeljau, Schellfisch, Seelachs, Sprottbücklinge, Bücklinge, Marinaden u. Margarine.**

**Nordseefischvertriebs-Gesellschaft m. b. H.,**
1308 Telephon 4707.

**Bettnässen**

Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskt. umsonst. Verk. santt. Art.
**Gg. Engibrecht München C 84**
Kapuzinerstr. 9. 3945a

Dame sucht

**Filiale**

zu übernehmen, gleich welcher Branche, würde evtl. sich auch mit einigen Mille an einem Unternehmen beteiligen. Angebote u. Nr. B3146 an die Badische Presse.

## Junge Dame

Kostüm blau, Hut schwarz **Samstag abend Odeon!** Nachricht unt. B3170 an die „Bad. Presse".

## Heirat

Briefwechsel und Bekanntschaft. werd. stets mit gut. Erfolg v. Damen u. Herr. angebahnt d. d. seit 35 J. ersch. üb. ganz Deutschland verbreitete **Deutsche Frauenzeitg. Leipzig A.17** 1 Gesuch erreichte 400 Angebote. Probeheft .—M. Zeile 10.— M. 5576a

## Smoking

168er Figur

**zu leihen gesucht.**

Angebote unter Nr. 1825 an die „Badische Presse".

**Kaufgesuche**

Süddeutsches Großhandels-Haus der pharmazeutischen und techn. Chemikalien-Branche sucht

**Chemische Fabrik zu kaufen**

od. **sich an derselben aktiv und finanziell zu beteiligen.**

Angeb. erb. u. **K. M. 908** an **Rudolf Mosse Mannheim.** A4230

## Haus

von Privat **zu kaufen gesucht.** Angebote unt. B4018 an die Bad. Presse.

## Landhaus

ca. 10 Zimmer, auf 1. Apr. beziehbar, in schöner Lage **zu kaufen gesucht.**
Größ. Anzahlung kann geleistet werden. A4232
**Frau ... arta Levinger Rodenkirchen,** Uferstr. 28.

## Piano,

gebraucht, jedoch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unt. Nr. B3086 an die Badische Presse.

**Schreibmaschinen**

neu oder gebraucht, **zu kaufen gesucht.** 19576
**Hoff,** Waldstraße 6. Telefon 5141.

## Prismen-Oberlicht

ca. 100×80 cm **zu kaufen gesucht.** 1320
Doering'sche Druckerei, Amalienstraße 83.

**Zu verkaufen**

**Schön. Doppelwohnhaus** (Oststadt), **Bau- u. Lagerplätze,** zu verk. B2209
**Jos. Bach,** Rudolfstr. 4. Telef. 743.

# Häuser

und **Geschäfte,** teils beziehbar, stets zu vkf. 1822
**M. Busam,** Herrenstr. 38

**Sofort zu verkaufen:** ein fast neues 5945a

## Wohn- und Geschäftshaus,

2stöckig, mit Kniestock, in bester Lage der Stadt. **Vorhanden ist:** komplette Anlage für mechanische **Glaserei** und **Schreinerei.** Ladenfenster, Werkstätte, Scheune m. Stallung u. Schweineställe, geräumiger Hof, Gas und elektrisches Licht. **Sofort beziehbar.** Anfragen bis spätestens 2. Februar 1922 sind zu richten an Bürgermeister **Pfeiffer, Philippsburg** (Baden).

## Haus, Oststadt,

mit Werkstätte, gr. Hof, Garten und Einfahrt **zu verk.** Ang. unt. Nr. B3174 an die „Bad. Presse".

## Benzinmotor

2 P.S., mit Magnetzündg., gut erhalten, zu verkauf.
**August Hölle,** Lackfabrik, **Karlsruhe-Grünwinkel,** Durmersheimerstraße 209. 1332

Ca. 140 qm

## Zementwandplatten

farbig gemustert, für Küchen u. sonstige Zwecke sowie 15 Schränke, geeignet als Werkzeug- u. Kleiderschränke gibt billig ab B2219
**Treskolith-Plattenwerk Karlsruhe,** Gottesauerstraße 10, Eing. Hauptwache, Telefon Nr. 1189

**2 guterhalt. Bettstellen** m. **Nachttischen** sind bill. abzugeben. Anzuseh. bei **Spengler,** Grenzstr. 4, Seitengebäude. B3180

Guterhaltener

## Flügel

voller Ton, schöne, schwarz, Instrument, ist umständehalber billigst zu verkaufen. Offerten unter Nr. 5949a an die „Badische Presse" erbet.

## Laute

preiswert zu verkaufen. ...achstr. 41, 1 Tr. r. B3181

**Schreibmaschine** billig abzug. B2205 **A. Feiler,** Waldstr. 66.

## Reisekorb

wie neu, zu verkaufen. **Wirtschaft** B3211 **„z. Georg Friedrich",** Georg-Friedrichstraße.

**Pelz** für Autofahrt 2c. zu verk. Adr. zu erfr. unter Nr. B3158 in der „Bad. Presse".

**Offene Stellen**

## Buchhalter

der in der doppelten Buchführung bewandert und unbedingt bilanzsicher ist, für ein Unternehmen im Wiesental (Schwarzwald) gesucht. Angeb. mit Photographie unter Nr. 5962a an die Badische Presse erbeten.

Leistungsfähige, aufstrebende

## Schokoladen-Fabrik

sucht für den Verkauf ihrer Erzeugnisse einen sowohl **bei Kleinhändlern** als auch bei Grossisten A4234

gut eingeführten

## Vertreter

bei günstig. Bedingungen. Gefl. Angebote unter Aufgabe von Referenzen sind zu richten unter **B2619** an **Invalidendank, Breslau 5.**

## Vertreter für Baden.

Bekannte Sportartikel-Fabrik sucht eingeführt. Herrn als Vertreter. Angeb. erbeten unt. Nr. 5950a an die Bad. Presse.

**Volontär**

hätte Gelegenheit in einer Kurzwaren-Großhandlng. sich in all. kaufm. Zweigen auszubilden. Angebote unt. Nr. 5953a an die Badische Presse.

**50 Mk. tägl. Verdienst** durch Karten verteil. **Neue Erfindung** Must. frei. **Jahn, Hamborn 6.**

## Nebenverdienst!

In Stellung befindl. Kaufleute, Beamte, Handwerker find. hoh. Nebeneinkommen. Angeb. unt. B64096 an die Bad. Presse.

Erfahrener, erster

## Maschinist

mit Eismaschinen und Dieselmotoren vertraut, bewandert in der Ausführung v. Reparaturen, möglichst auch an Kraftwagen, findet angenehme selbständ. Dauerstellung. Wohnung im Hause. Gefl. Angebote unt. Nr. 5958a an die „Bad. Presse".

## Lastkraftwagen-Führer

geübter Fahrer, mit Reparaturen vertraut, sofort **gesucht.** 5947a
**Brauerei Silbernagel Bellheim.**

**Wir suchen zum baldigen Eintritt eine**

## Korrespondentin

perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben, möglichst der englischen Sprache mächtig. Gefl. Angebote mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche erbet. an die 1314
**Ein- u. Verkaufs-Genossenschaft badischer Blinder, Karlsruhe i. B.** Schloßbezirk 10.

## Eine Bar-Dame

mit nur guter Garderobe gesucht.
Zu erfr. unt. Nr. 1826 an die „Bad. Presse".

# Werkschreiber und Lohnbuchhalter

Wir **suchen** zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen, in allen vorkommenden Arbeiten bewanderten Werkschreiber und Lohnbuchhalter für unsere Möbelfabrik. Herren, welche in ähnlicher Stellung tätig waren, werden bevorzugt. Angebote mit Zeugnissen und Lichtbild sind zu senden an:

**Markstahler & Barth,**
**Karlsruhe i. B.** 1305 **Karlstr. 67.**

Ein tüchtiges Fräulein 18-22 Jahre, welches evtl. schon in der Kolonialwaren-Branche tätig gewesen ist, als

## Verkäuferin

per **sofort gesucht.**
Offerten mit Lichtbild und Gehaltsansprüchen bei freier Station erbet.
**Albert Herzer Hockenheim** b. Mannheim Drogen-, Kolonial- und Farbwaren. 5960a

## Perfekte Köchin

nach **München** für sofort oder später für kleine Famil. gesucht. Zimmer- und Kindermädchen vorhanden. Offert. unt. Nr. 5934a an die Bad. Presse.

## Küchenmädchen

das etwas kochen kann, wird sofort oder 1. Febr. ges. **„Zum Rebstock"**, Ecke Uhlandstraße und Kaiserallee. 1317

Durchaus tüchtiges

## Mädchen

für Küche u. Hausarbeit in Apotheke nahe Karlsruhe **gesucht.**
Wo? sagt Nr. 5965a die „Badische Presse".

**Gesucht**

williges, fleißiges

## Mädchen

nicht unter 18 Jahren, bei hohem Lohn, gute Behandlung u. Verpflegung. Eintritt sofort od. später. Kochen kann erlernt werden. Reisevergütung.
**Hofgut Tiefenau bei Baden-Baden.** 5952a

Ordentlich., zuverlässiges

## Mädchen

für Küche u. Hausarbeit nach Freiburg gesucht. Zeugnisabschriften, wenn möglich mit Bild unt. Nr. 5955a an die Bad. Pr.

Tüchtiges

## Alleinmädchen

bei hoh. Lohne für **sofort gesucht.** Monat frau vorhanden. A4227
**Frau Carl Schulz Lahr i. B.,** Kaiserstr. 47.

Von kinderl. Ehepaar wird ein braves 5946a

## Mädchen gesucht.

Näh. **Optische Werke Leitz, Rastatt.**

## Fleißig. Mädchen

für den Haushalt per sofort od. 1. Febr. gesucht. Angeb. u. Nr. B3154 an die „Bad. Presse" erb.

## Mädchen

für Küche und Haushalt bei gutem Lohn und Verpflegung aufs Land **gesucht.** 1321
Vorzustellen Freitag u. Samstag zwischen 12 u. 2 Uhr, Weinbrennerstr. 41, I.

Junge, nur gut empfohl.

## saubere Frau

in kleinen Haushalt zu zwei Damen tagsüber **sofort gesucht.** Lohn 300 ℳ, bei voller Verpflegung. Angebote unt. Nr. 1302 an die „Bad. Presse".

**Stellengesuche**

## 3000 Mark

demj. der intell. arbeitsfr. jg. Mann, 27 J., der Gesangsst. weg. derzt. Geldmangel aufg. muß, sicher aussichtsr. Stell. versch. Leistn. g.: Archit. (Reifezg. Baugew.-Sch.), 1 J. Archit. Büro, kaufm. Ausbild. (3 J. Bürovorst. v. Kanzl.) gut. Bildhauer (Bronce, Elfenb.), f. gut. Sänger, (Klass. Schule), guter Sportsm. (Leichtathlet.) guter Klavier-Spieler. **Heirat** m. natürl. edeldenkend. Dame nicht ausgeschl., spät. ca. 150000 ℳ. Verm. Ang. unter A2215 an die „Bad. Presse".

Junger Mann, 28 J. alt, sucht Stelle als

## Chauffeur.

Führerschein 3b, gelernt. Monteur, besitzt französ. Sprachkenntn., vertraut mit all. **Reparaturen,** womögl. in Privat. Angebote unter Nr. B2218 an die „Bad. Presse".
NB. Nimmt auch andere Stelle als Chauffeur in Fabrik od. sonst. Betrieb.

## Fräulein

sucht Stelle auf Büro, schöne Handschrift, ginge auch auf Lager. Gehalt nach Uebereinkunft.
Angeb. unt. Nr. B2205 an die „Bad. Presse".

## Mädchen

vom Lande, das schon in Stelle war u. bürgerlich kochen kann, **sucht Stelle** auf 1. April. Nur Südstadt. Angebote unter Nr. B3148 an die „Badische Presse" erbeten.

**Zu vermieten**

**Büro oder Atelier**

40 qm, Hirschstraße, Hof, parterre, **zu vermieten.**
Angeb. unt. Nr. B3168 an die „Bad. Presse".

**Mietgesuche**

## Wer vermietet

intelligentem, jung. Kaufmann **möbl. Zimmer,** evtl. Wohn- u. Schlafzimmer per sofort oder 1. Februar. Angeb. unt. Nr. B3150 an die „Bad. Presse".

## Zimmer

von ruh. Studierenden auf sofort oder 1. Febr. gesucht. Ang. unt. B3008 an die „Badische Presse".

Jung, solid. Arbeiter sucht auf 1. Februar

## einfach möbliert. Zimmer

od. **Mansarde** (Oststadt). Angebote unt. B2904 an die „Bad. Presse".

Junger Kaufmann sucht per sofort

## möbliertes Zimmer.

Angebote unt. Nr. B3156 an die Badische Presse.

**Möbl. od. unmöbliert.**

## Zimmer auch Mansarde

**zu mieten gesucht,** evt. gegen Hausarbeit.
Offerten unter B3152 an die „Bad. Presse".

Suche sofort **leeres Zimmer** z. Unterstellen v. Möbel. Angeb. unter Nr. B3186 an die „Bad. Presse".

# Ueberlingen am Bodensee.

## Kapellmeister

**für sofort gesucht,** zur Leitung der Stadtmusik und Kurkapelle (Blech- u. Streichmusik). Besoldung nach Uebereinkunft, dazu Nebenverdienst. Der Kapellmeister sollte auch Musikunterricht erteilen und möglichst auch selbst als Musiker in seinen Konzerten mitwirken. 5956a
Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild u. Gehaltsansprüchen **alsbald** beim Bürgermeisteramt einzureichen.

**Größere Zig.- und Tabakfabrik in Baden sucht mögl. zum sofortigen Eintritt**

## 2 jüng. Büroangestellte

**die mit allen vorkommenden Büroarbeiten bestens vertraut sind.** A4226
Bei Ia Leist. Dauerstellung bei guter Bezahlg.
Angeb. m. Zeugnisabschr. unter **K. E. 721** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Karlsruhe.**

# Vertreter-Gesuch!

Wir suchen zum Verkauf eines **Telephongesprächszählers,** D. R. G. M.

## rührigen Vertreter

für **Karlsruhe** sowie **ganz Baden.** — Größte Verdienstmöglichkeit. Seriöse Herren u. Firmen wollen sich mit uns in Verbindung setzen. A4231
**Schulz & Bode, Nürnberg,** Fürtherstr. 1, 8.

An befäh. Herrn ist konkurrenzlos., existenzberecht. Alleinvertrieb 4 prakt. Mass.-Bedarfsartikel Neuheit 1. Rang. die überall berechtigt.

## Aufsehen erregen

a. eig. Rechnung z. vergeb. Jedermann ist Käufer. Je nach Bez.-Größe 5—30000 ℳ f. Lager erford. Nur ausführl. Angeb. m. Angabe sof. verfügb. Kapitals kommen in Frage. A4228
**Schnüer,** Fabrikation. **Stuttgart,** Azenbergstr. 81.

# Mehrere Küfer

**gesucht.**

Brennerei **Odenheimer**

1329 **Gottesauerstraße 6.**

Mehrere tüchtige, in der Nähmaschinen-Montage und Justage bewanderte

# Schlosser

zum sofortigen Eintritt gesucht. 1812

**Nähmaschinen-Fabrik Karlsruhe**
vormals **Haid & Neu.**

**Tüchtige**

# Putzverkäuferinnen

nur branchekundig, können sofort eintreten. 1301

**Geschwister Gutmann.**

# Größ. Lagerplatz

**mit Gleisanschluß**

**wird zur baldigen Benutzung gesucht.**

Gefl. Offerten unter Nr. 1307 an die „Badische Presse" erbeten.

**Großfirma der Elektrizitätsbranche**
**sucht per sofort**

# Lagerräume

eventl. auch mit Büro, möglichst in zentraler Lage. Angebote unter Nr. 1208 an die „Bad. Presse".

# Räume

für **dauernd, sofort oder später gesucht** für Ausstellungszwecke, im Flächengehalt von ungefähr 120—140 qm. Angebote erbittet 1350

**Architekt Kempermann, Rüppurr**
**Auerstraße 15.** **Telephon 1504.**